

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonntage und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt) August Müller, Magdeburg. Verlag von Bernhard Garbaum, Magdeburg-Neustadt. Druck von Franz Wetzke, Magdeburg. Geschäftsstelle: Breitenweg 127. Redaktion: Breitenweg 127 (Eingang Schrotenbockstraße). Fernsprech-Anschluss Nr. 1667.

Pränumerando jährlicher Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Bringerlohn) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Der Streifenband in Deutschland monatlich 1 Exemplar 1.70 Mk., 2 Exemplar 2.90 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährlich 2 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Postanstalten 2/3 zgl. Befreiung. Einzelne Nummern (einschl. der Romanbeilage, sowie der Sonntagsbeilage Die Neue Welt) 10 Pf. Insektionsgebühr die halbjährliche Zeitzeile 15 Pf. Post-Betriebskosten Nr. 7500.

Nr. 167.

Magdeburg, Mittwoch, den 20. Juli 1898.

9. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfasst 6 Seiten.
Heute liegt Bogen 58 vom Roman 'In Reich' und 'Gled' bei.

Im Zeichen des Verkehrs.

Das Kanalsystem des deutschen Reichs steht hinter dem anderer Länder erheblich zurück. Man denke nur daran, was die Franzosen, namentlich in Nordfrankreich, an neuen Wasserstraßen geschaffen und welche ausgebreitetes Kanalnetz sie hergestellt haben. Noch 1878 wurde von der französischen Nationalversammlung eine Vermehrung der Wasserstraßen in Aussicht genommen, deren Kosten über 800 Millionen Frank betragen. Die Franzosen haben diese Ausgaben nicht zu bereuen gehabt, denn es war für Frankreich von äußerster Wichtigkeit, daß nach der großen Niederlage von 1870 die Verkehrswege vermehrt und verbilligt und dadurch die Handelsbeziehungen neu belebt wurden.

Wohl hat man in Deutschland oftmals Anläufe genommen, um das Kanalnetz zu vervollkommen und dadurch billige Transportmöglichkeiten zu schaffen. Allein diese Unternehmungen sind fast immer ins Stocken geraten und das deutsche Kanalsystem ist zum größten Teil noch nicht sehr leistungsfähig.

In diesen Tagen ist sehr viel von dem sogenannten Mittelkanal die Rede, der auch Magdeburgische Interessen berührt. Es ist damit die Schaffung einer großen Wasserstraße zwischen Rhein, Weser und Elbe gemeint, ein Gedanke, der schon vor 200 Jahren aufgetaucht ist und inzwischen unaufhörlich Befürwortung gefunden hat. Endlich hat 1886 der preussische Landtag einen Kanal von Dortmund nach den Emsmündungen beschlossen und dabei hat man diesen Kanal ausdrücklich als den Teil eines Mittelkanals bezeichnet, der Rhein, Ems, Weser und Elbe verbinden soll. Die Verbindung zwischen Weser und Elbe, bei der auch braunschweigisches Gebiet in Frage kommt, soll von Münden an der Weser bis Wolmirstedt an der Elbe gehen. Außer Braunschweig werden von kleineren Staaten auch noch Bremen und Schaumburg-Lippe von diesem Kanalprojekt berührt.

Die Eisenbahnen können heute den Güterverkehr nicht mehr so bewältigen, wie es den Bedürfnissen des Weltverkehrs entspricht. Die Verbilligung der Frachten durch neue Wasserstraßen würde für die auf den Export angewiesene deutsche Industrie ein außerordentlicher Vorteil sein und deren Konkurrenzfähigkeit ungemein heben, was auch den Arbeitern zu gute käme. Auch die Landwirtschaft hätte Vorteile davon, denn sie schreit doch immer nach billigeren Frachten.

Die preussische Regierung schien entschlossen, den Mittelkanal durchzuführen. Das wurde zu Anfang dieses Jahres im Staatsanzeiger noch ausdrücklich erklärt. Auch hatten die Verhandlungen mit den interessierten Provinzial- und Kommunalverbänden zu günstigen Ergebnissen geführt. Nur der Provinziallandtag der Provinz Sachsen, den die Pöb- und Genossen beherrschten, hatte sich ablehnend verhalten, dafür hatte sich aber die Stadt Magdeburg erboten, die auf sie entfallenden Kosten aufzubringen. Nun mit einem Mal heißt es, daß in der ganzen Angelegenheit wieder ein Stillstand eingetreten sei.

Woher mag dies kommen?

Die Bevölkerung Deutschlands, nicht Preußens allein, hat ein Interesse daran, daß diese längst vorbereitete Verbesserung und Erleichterung des Verkehrs zur Ausführung gelangt. Auch wir treten mit allem Nachdruck für solche Hebungen des Verkehrs ein und wir wollen nicht außer Acht lassen, daß speziell für die auf braunschweigischem Gebiet belegenen industriellen Unternehmungen der Mittelkanal von besonderer Bedeutung ist. Der verbesserte und verbilligte Verkehr wird mehr Arbeitsgelegenheit und unter Umständen auch bessere Arbeitsbedingungen schaffen, und das ist nicht zu unterschätzen in der Zeit der industriellen und Handelsstockungen. Auch könnte durch die Herstellung des Kanals selbst für viele Tausende auf längere Zeit sichere Arbeit geschaffen werden. Nur müßte von Seiten des Staates, falls die Ausführung der Bauarbeiten an Unternehmer vergeben wird, darauf bestanden werden, daß einheimische Arbeiter zur Verwendung gelangen. Leider ist nicht sicher, ob im preussischen Abgeordnetenhaus sich jemand findet, der diesen Punkt herausgreift und zur Sprache bringt. In Preußen wird zur Zeit ja die Verwendung ausländischer Arbeiter von oben herab gefördert. Die Junker haben bekanntlich von jeher eine Vorliebe für billige ausländische Arbeitskräfte gehabt und die Bourgeois, die im Abgeordnetenhaus sitzen, wollen zwar gute Patrioten sein, soweit sie aber industrielle Unternehmer sind, ziehen sie Russen, Polen, Schweden, Böhmen, Slowaken und andere fremde Völker den deutschen Landsleuten vor, welche letztere ihnen zu sehr Kulturmenschen sind, d. h. zu viele Bedürfnisse haben.

Erweiterung und Verbilligung der Verkehrsmittel sind also, wie man sieht, auch im Interesse der Arbeiter gelegen, denn wenn damit auch direkt nichts zur Befreiung der Arbeiter vom Joch des Kapitalismus beigetragen ist, so werden unter Umständen damit die Konkurrenz des Arbeitsmarktes verbessert und das macht die Arbeiter widerstandsfähiger in der Wahrung ihrer Interessen den Unternehmern gegenüber.

Die Kosten des neuen Mittelkanals können kaum die Ursachen sein, daß die ganze Angelegenheit wieder zum Stillstand gekommen ist. Nein, es sind die Einflüsse der Junker und Agrarier, welche die Regierung bewogen haben, plötzlich Halt zu machen.

Man kann einwenden, daß die Landwirtschaft ja auch Vorteile von dem neuen Wasserstraßen haben würde insofern der Absatzverbilligung für ihre Erzeugnisse. Gewiß! Allein bei den Agrariern, Junkern und Bauernbündlern überwiegen andere Rücksichten.

Man darf nicht übersehen, daß ein solcher Kanal in erster Linie der Industrie zu Gute kommt. Und ein Führer der preussischen Agrarier, der Graf von Limburg-Stirum, hat im preussischen Abgeordnetenhaus doch ganz offen gesagt, daß Deutschland unter keinen Umständen ein Industriestaat werden dürfe.

Die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands wird sich um derartige Machtgebote preussischer Junker allerdings verdammt wenig kümmern. Allein die Herren Junker fühlen es recht wohl, daß die industrielle Entwicklung ihrem „patriarchalischen“ System den Garaus macht. Mit all ihren Schäden bewirkt doch die Industrie eine Umwälzung, die schließlich zu anderen besseren Zuständen führen muß. Sie schüttelt die rückständigen Elemente durcheinander und reißt sie aus der bisherigen Abgeschlossenheit heraus.

Die Verkehrsmittel sind der große Revolutionär unserer Zeit.

Die Feudalen sind klug genug, das zu merken, und sie verzichten darum lieber auf einige Vorteile, wenn sie nur glauben, damit eine Förderung des Verkehrswesens hintanhaltend zu können.

Das mag ihnen auf einige Zeit gelingen. Aber binnen kurzem wird die Notwendigkeit der Verkehrserweiterung sich sieghaft geltend machen, dem Junkertum zum Trotz.

Politische Tagesrundschau.

Deutschland.

Der Selbstmord von Eleanor Marx jene Tragödie, welche um eines Schurken willen die internationale Sozialdemokratie einer ihrer besten und hervorragendsten Vertreterinnen beraubte, wird von der Magdeburger Zeitung in einem Leitartikel behandelt. Das Blatt knüpft an die von Bernstein im letzten Hefte der Neuen Zeit gemachten Enthüllungen an und sucht natürlich aus dieser traurigen Affaire Kapital für die „staatsverhaltenden“ Parteien zu schlagen. Keiner der Freunde von Eleanor, welche den Charakter von Aveling gekannt hätten, habe Eleanor zur rechten Zeit gewarnt, außerdem habe Aveling lange Jahre eine „Führerrolle“ in der Partei eingenommen und bis vor kurzem zu den hervorragendsten Mitarbeitern der Neuen Zeit gezählt usw.

„Wie stimmt das alles“, fragt das Blatt, „mit der Behauptung, daß die sozialdemokratische Partei stets für einen reinen Tisch Sorge? Oder soll man etwa annehmen, daß die Rücksicht auf E. Marx und dessen verehrte Tochter alle anderen Bedenken niedergeschlagen habe?“ Weiter heißt es:

Die sozialdemokratische Partei wird von dieser Katastrophe zwar nicht betroffen; aber eigentümlich berühren doch die verurteilten Tügel in dem Schicksal, dem einst Ferdinand Lasalle zum Opfer gefallen, und dem Loos, das der Lieblingstochter von Karl Marx beschieden gewesen ist. Die Lebensschicksale und Fehler, denen sie beide ihren Untergang zuschreiben haben, pflügt die sozialdemokratische Presse gemeinhin als einen Ausfluß der verderbten kapitalistischen Gesellschaftsordnung hinzustellen, die ihre Partei befeigen will. Sollten da nicht manchem Genossen Zweifel aufsteigen, ob sich wirklich dieses Ziel werde erreichen lassen, wenn er sieht, daß seine Rufer im Streite selber am meisten die Schwächen und Gebrechen mit sich schleppen, um deren willen sie als Ankläger der jetzigen Ordnung der Dinge auftreten?

Wenn nach den eigenen Ausführungen der Magdeburger Zeitung die sozialdemokratische Partei nicht von dieser Katastrophe betroffen wird, dann haben unsere Genossen auch keine Ursache, Zweifel zu hegen an der Durchführbarkeit unserer Ziele und ebensowenig läßt sich aus diesem Falle beweisen, „daß die Rufer im Streite selber am meisten die Schwächen und Gebrechen mit sich schleppen“. Darauf brauchen wir daher nicht einzugehen. Aber eine Frage wollen wir doch aufwerfen. Daß Aveling nun endgültig seine Rolle in unseren Reihen ausgepielt hat, ist ja zweifellos. Wie steht es aber mit den von ihm verfaßten Schriften. Wenn der Mörder unserer Eleanor Marx noch finanzielle Vorteile durch den Vertrieb seiner Schriften in Deutschland genießt, dann sollte es nach unserer Meinung keinem Zweifel unterliegen, wie wir uns zu verhalten hätten. Die Sozialdemokratie darf

diesem Manne keine Vorteile irgend welcher Art mehr zuwenden, seine Bücher müssen aus den Parteibuchhandlungen verschwinden. Ihr wissenschaftlicher Wert ist ja nicht so bedeutend, daß wir ihren Verlust nicht verschmerzen könnten, aber Aveling verdient es gewiß nicht, daß ihm noch irgend welche Vorteile aus seiner früheren Zugehörigkeit zu unserer Partei erwachsen.

Gegen den Umsturz.

Die unter dieser Stichmarke gebrachten Mitteilungen der Volkszeitung, nach welchen in Centrumskreisen sehr viel Neigung besteht, gegen gewisse Konzeptionen das geheime Wahlrecht abzuschaffen und die Stimmabgabe öffentlich zu machen, werden natürlich vielfach in der Presse kommentiert. Je nach der Parteirichtung werden diese Mitteilungen für Tagdgeschichten erklärt, oder ernst genommen. Dafür, daß die Mitteilungen ernst genommen werden können, spricht neben dem reaktionären Charakter und der jüngsten Vergangenheit des Centrums die Tatsache, daß die Centrumspresse bisher zu den Anschuldigungen — geschwiegen hat. Nun schreibt die Freisinnige Zeitung des Herrn Richter: „Zu der Mitteilung, daß Dr. Lieber, wie die Berliner Volkszeitung berichtet, bereit sei, das geheime Wahlrecht fallen zu lassen, wenn dem Centrum Zugeständnisse auf dem Gebiete der Kirchen- und Schulgesetzgebung gemacht würden, bemerkt die Charlottenburger Neue Zeit aus angeblich zuverlässiger Quelle: die Unterhandlungen mit Herrn Dr. Lieber seien auf einem Gute in Schlesien geführt worden, das dem Schwiegersohn des Herrn von Miquel gehöre. — Daß schlesische Centrumsmagnaten für eine Verschlechterung des Wahlrechts zu haben sein würden, das klingt nicht unwahrscheinlich. Herr Lieber hat aber erst neuerlich bei den Reichstagswahlen seine Gegenfähigkeit zu der schlesischen Centrumsführung so scharf erkennen lassen, daß es höchst gewagt erscheint, ihn ohne weiteres für Abmachungen haftbar zu machen, die etwa zwischen Centrum und Konservativen in Schlesien stattgefunden haben könnten, umso mehr, da bisher doch nichts davon verlautbart ist, daß Herr Dr. Lieber in Schlesien gewesen sei.“ Man kann gespannt darauf sein, was Dr. Lieber auf diese Angriffe zu antworten hat.

Die Wohnungsverhältnisse in Ostpreußen schildert ein Artikel der Deutschen Verkehrszeitung über Dienstwohnungsverhältnisse für Postunterbeamte auf dem Lande. Es heißt darin:

Im weiteren fällt ins Gewicht der überaus mangelhafte Zustand der ländlichen Wohnungen, zumal im Osten, wo kleine niedrige Räume von noch nicht 2 Meter Höhe, Befehlsböden, schlechte Decken, gemeinschaftliche Schlafräume für beide Geschlechter usw. nur zu häufig sind, und das Wohnen in diesen Räumen nicht nur die Gesundheit, sondern auch die Sittlichkeit der Familienglieder ernstlich gefährden. Es sind Fälle bekannt geworden, in denen die Unterbeamten mangels besserer Unterkunft sich mit Wohnungen begnügen mußten, deren mangelhafter Zustand jeder Beschreibung spottet. Am traurigsten sind die Wohnungsverhältnisse in den kleinen Ortsgemeinden der ehemaligen preussischen Landesteile. Beispielsweise wurde im Jahre 1895 im Bromberger Ober-Postdirektionsbezirke eine Reihe von Fällen ermittelt, in denen Familien von 6 bis 8 Köpfen, darunter erwachsene Kinder beiderlei Geschlechts, zum Wohnen, Kochen und Schlafen einen einzigen Raum von 15 bis 20 Quadratmeter Grundfläche zur Verfügung hatten. Nicht besser liegen die Verhältnisse im Ober-Postdirektionsbezirke Posen, wo ebenfalls festgestellt wurde, daß zahlreiche Unterbeamtenfamilien an kleinen Landorten auf einem einzigen Raum angewiesen sind. Aber auch in den Bezirken Oppeln, Stettin, Götting, Frankfurt (Oder), Potsdam und insbesondere Gumbinnen, Königsberg und Danzig bestehen gleiche oder ähnliche Verhältnisse.

Die geschilderten Wohnungsverhältnisse sind im gelobten Lande der Junker zu finden. Das bejagt alles.

Graf Ranitz und die Schaffung von Rentengütern. Graf Ranitz, der bekannte Führer der notleidenden ostpreussischen Agrarier, hat dieser Tage ein hübsches Beispiel dafür geliefert, was von seinem und seiner Genossen Errede, daß sie vor allem die „nationalen Interessen“ gewahrt wissen wollen, zu halten ist. Die notleidenden Großgrundbesitzer erklären bekanntlich stets, es liege im Interesse des Reichstums, der Erhaltung des Bauernstandes, der nationalen Wohlfahrt, wenn zahlreiche Rentengüter gebildet würden. Sie haben nicht nur für das diesbezügliche Gesetz gestimmt, sondern durch Abgabe von Land nach Kräften die Bildung von Rentengütern gefördert. Nur aus rein „nationalem Interesse“ veräußerten sie für schweres Geld ihre Feldländereien oder abliegende Vorwerke mit schlechtem Boden, die nichts einbrachten. Da wo sie Land in der Nähe ihrer Besitzung abgaben, wurden, natürlich wieder im „nationalen“ Interesse, so kleine Güter gebildet, daß die Käufer von Anfang an gezwungen waren, auf dem Gut als Tagelöhner zu arbeiten. Freude haben nicht viele Käufer von Rentengütern an ihrem Besitz gehabt. In der Wohnungskreis-Zeitung vom 9. Juli befindet sich nun folgendes Inserat in auffälliger Form.

Bezahlung.

In mehreren Zeitungen ist eine öffentliche Bekanntmachung zum Kauf von Rentengütern in der Gemarkung Paulken (Kreis Neuhagen) aufgeföhrt. Als Besitzer eines mit dieser Ge-

machung grenzenden Waldes werde ich gegen die Gründung neuer Anpflanzungen dabeist auf Grund von § 15 des Gesetzes vom 25. August 1876 Einspruch erheben, sobald die in § 16 vorgeschriebene Bekanntmachung erfolgt sein wird. Ueber diesen Einspruch wird sodann im Verwaltungs- Streitverfahren (Kreisaustrich, Bezirksausschuss, Oberverwaltungsgericht) Entscheidung zu treffen sein. Ich halte mich für verpflichtet, die sich etwa meldenden Anpflanzungen von diesem meinem Vorhaben rechtzeitig in Kenntnis zu setzen.
Bodungen, den 6. Juli 1898.

Graf v. Kanitz.

Es ist klar, weshalb Graf v. Kanitz seine Bekanntmachung erläßt, um Kaufleute abzuschrecken. Zu dieser Durchkreuzung von Maßnahmen der Generalkommission kann er sich nur veranlassen fühlen, weil er fürchtet, es könnte ihm in seinem Walde Holz gestohlen oder ein Stück Wild geschossen werden, oder er spekuliert selbst auf das in Frage kommende Land, dem auch Graf Kanitz „arrondiert“ trotz seiner geliebten Strohdächer gern. Unvorsichtiger kann man seine persönlichen Interessen nicht wahrnehmen. Es ist gut, den Gegenstand zwischen den Worten und Handlungen eines Hauptvertreters für die „nationalen Interessen“ festzustellen.

Preussische Bahnzustände.

Ein großer Lebensgefahr sind, wie erst jetzt bekannt wird, am vorigen Montag die Passagiere des um 8 Uhr 12 Minuten morgens von Czanz abgehenden Personenzuges durch die Geistesgegenwart des Lokomotivführers gerettet worden. Als der Zug nach Station Molkehnen kam, lag die Weiche falsch. Dieselbe war statt nach dem Durchfahrtsgeleis nach dem Ladegelise gestellt, auf welchem sich eine größere Anzahl Güterwagen befand. Im letzten Augenblick entdeckte der Lokomotivführer die falsche Weichenstellung und es glückte ihm, den Zug noch rechtzeitig zum Stehen zu bringen. Wäre der in voller Fahrt befindliche Zug auf das Ladegelise gekommen und auf die Güterwagen aufgefahen, so wäre das Unglück bei dem stark besetzten Zuge ein unberechenbares gewesen. Zur freudigen Zeit auf der Station Molkehnen war als „diensthabender Stationsbeamter“ die Ehefrau des Haltestellenwärters anwesend. Ihr Ehemann hatte auf einer anderen Station Dienst. Die Station Molkehnen wurde früher von einem Vorsteher und einem Assistenten verwaltet. Heute hat Molkehnen einen viel stärkeren Verkehr und doch hat man diese Station zu einer Haltestelle mit nur einem Haltestellenwärter gemacht, der noch ab und zu auf einer anderen Stelle Dienst thun muß. Während seiner Abwesenheit liegt seine Vertretung in den Händen seiner Ehefrau, die aber zugleich noch die Postagentur zu verwalten, mehrere kleine Kinder zu beaufsichtigen und dazu das Essen für die Familie zu besorgen hat. Wenn unter solchen Umständen ein Unglück passiert, braucht man sich wirklich nicht zu wundern. Wie lange soll es noch dauern, daß die sparsame Eisenbahn-Verwaltung auch nur derartige allerschlimmste Mißstände aus der Welt schafft!

Spielkarten und Kolonialpolitik.

Sowohl die Deutsche Kolonialgesellschaft wie auch der Deutsche Frauenverein für Krankenpflege in den Kolonien haben die Erlaubnis erhalten, zehn Gelb Lotterien zu veranstalten. In diesem Jahre soll davon eine, in den Jahren 1899, 1900, 1901 und 1902 aber sollen je zwei in 1903 wieder eine Lotterie stattfinden. Jede Lotterie soll aus 500 000 Losen mit 16 870 Gelbgewinnen im Gesamtbetrage von 575 000 Mark bestehen.

Der obereschlesische Industriearbeiter

braucht kein Fleisch, er hat ja zur Kartoffeln und Heringe; in diese Form kann man die neueste Neuerung der Regierung über die Frage der Versorgung des obereschlesischen Industriebezirks mit Schweinefleisch kleiden. Mit dieser Frage beschäftigte man sich in der letzten Sitzung der Opperlner Handelskammer, die über eine Petition zu beraten hatte, in der die völlige Freigabe der Schweinefleischzufuhr mit den bekannten guten Gründen gefordert und die „Gründe“ der Regierung gegen die Aufhebung der Sperre bekämpft wurden. Als Vertreter der Regierung war der Departementsminister Dr. Knab anwesend; er nahm auch an den Verhandlungen teil, verlangte aber Ausschluß der Öffentlichkeit. Diese Maßregel erwies sich als total zwecklos, da eine neue Weisheit nicht aus Nichts gefördert wurde. Der Kernpunkt seiner Einwendungen gegen die genannte Petition war: Die Regierung denkt nicht daran, die Grenzsperrung aufzuheben, oder auch nur das Wochenkontingent (1360 Stück) zu erhöhen. Das heißt also: die Industriearbeiter mögen nach wie vor Zwangsvegetarier bleiben, wenn nur die Agrarier ihre Schweine gut bezahlt bekommen. Auch der Ausfall der Wahlen hat die Regierung nicht eines Besseren belehrt; aber freilich: seit wann hätten denn Regierungen gelernt?

Der preussische Staat und die Universitätsprofessoren.

An die Universitätsprofessoren, die bisher von der Besoldungsverbesserung ausgeschlossen waren, die Medizinischen Fakultäten, hat das preussische Kultusministerium die Anfrage gerichtet, ob sie sich dem neuen Besoldungssystem unterwerfen und dafür auf einen Teil ihrer Kollegienhonorare verzichten wollen. Der Anfrage ist der Staatsvermerk über den Besoldungsantrag der Professoren vorangestellt, und ihm sind dann „Erläuterungen“ des Kultusministeriums beigefügt, die in dem Bemerk gar keinen Anhalt finden, ihm u. a. sogar direkt widersprechen und jedenfalls geeignet sind, die Besoldungsverbesserung in ihr Gegenteil zu verkehren. Besonders gilt dies von der Erläuterung Nr. 4. Es heißt da: „Bezieht ein Professor neben der Besoldung der ihm übertragenen Professur anderweitig fortlaufende Einnahmen in einem bestimmten oder abschätzbaren Betrage von mehr als 1800 Mark jährlich aus öffentlicher oder privater Thätigkeit, so sind diese mit denjenigen Beträge, der die Gesamtsumme übersteigt, auf die jeweils zahlbare Besoldung in Anrechnung zu bringen. Es wird hierbei bemerkt, daß es dem Minister vorbehalten bleibt, bei steigenden und fallenden Einnahmen eine bindende Festsetzung über die Höhe derselben auf Grund eines voranschläglichen zu verabschiedenden Durchschnittsbetrages im voraus zu treffen.“

3) Einkünfte aus literarischer Thätigkeit von rein wissen-

schafilichem Charakter, b) Honorare für Universitäts-Vorlesungen (Vorlesungen, Kurse etc.) und Prüfungsgebühren mit Ausnahme der Promotionsgebühren.“ Danach würden Professoren, die aus ärztlicher Praxis bedeutende Privateinnahmen erzielen, in Zukunft unter Umständen für ihre amtliche Thätigkeit gar kein Gehalt mehr beziehen.

Die Profitfucht als Totbringer.

Die Ursachen der Gruben-Unfälle sind in großem Maße auf rücksichtslose Profitfucht zurückzuführen, wie aus den Mitteilungen der kgl. preussischen Bergbehörden für 1897 hervorgeht. Nach denselben verunglückten im Bergrevier Habrze im Berichtsjahre 1252 Mann oder 9 Prozent der Belegschaft, gegen 1200 oder 9,6 Prozent im Vorjahre. Die Zahl der Unfälle mit tödlichem Ausgange betrug 38 oder 2,78 auf 1000 Mann der Belegschaft gegen 32 oder 2,38 auf 1000 im Vorjahre. Eine Erwerbsunfähigkeit von mehr als 18 Wochen hatten 157 (im Vorjahre 122), eine solche von mehr als 4 Wochen 401 (im Vorjahre 254) Unfälle zur Folge. Der Aufsichtsbeamte, Bergmeister Jostich, bemerkt hierzu:

Es hat demnach eine Zunahme der tödlichen und der eine längere Erwerbsunfähigkeit verursachenden Unfälle stattgefunden, welche darauf zurückzuführen ist, daß die Werke ihre Leistungsfähigkeit wegen der guten Lage des Steinkohlenmarktes oft und andauernd bis an die Grenzen der Möglichkeit anspannten. Der gefährliche Streckenbetrieb trat deshalb gegenüber dem gefährlichen Pfeilerabbau stark in den Hintergrund.

Welch furchtbare Unlage liegt in diesen Ausführungen des Aufsichtsbeamten! So hat also die Profitgier wieder einmal nicht vor Menschenleben Halt gemacht und rücksichtslos die Arbeiter preisgegeben, um höhere Dividenden herauszuschinden!

Nur zum Nutzen der Aktionäre! Denn während viele Lebensmittel, wie der Bericht nachweist, gegen das Vorjahr um 20—25 Prozent im Preise stiegen, sind die Löhne höchstens um 2—4 Prozent erhöht worden. In verschiedenen Bergwerken sind die Löhne bei einem Drittel der Gruppen sogar gefallen und in einem Bergwerk durchwegs!

Wo bleibt da der Arbeiterschutz, wenn der Aufsichtsbeamte nicht mehr thun kann als nachträglich klarzulegen, wie es nur die Profitgier ist, welche die Arbeiter geißelt und verflümmelt hat! Gewiß hätte Bergmeister Jostich die gefährliche Arbeit gern verhindert, wenn er die Macht dazu besessen hätte! Es sind also die Instruktionen und Gesetze, welche die Beamten zu der traurigen Rolle verurteilen, Menschenleben vernichten zu sehen, ohne daß sie helfen können!

Ein schneidenderer Hohn auf die Vortrefflichkeit unserer Arbeiterschutz-Gesetzgebung kann nicht erbracht werden, als es dieses Geständnis der Ohnmacht seitens des Bergbeamten ist. Wie ein unabwendbares Schicksal wird es betrachtet, daß, wenn das Kapital gute Geschäfte macht, die Arbeiter noch zahlreicher wie sonst getödtet und verflümmelt werden. So heißt es z. B. im Bericht aus Myslowitz-Katowitz:

„Die Zahl der tödlichen Unfälle kann nicht gering genannt werden, eine Folge der bei der starken Nachfrage nach Arbeitern vielfach geübten Einstellung ungeschulter Leute.“

Lehentlich ein Bericht des Bergreviers Halberstadt:

Die größere Zahl der Gesamtverletzungen folgt lediglich aus der Vermehrung der Belegschaften in Sonderheit durch ungelernete, mit den Betriebsverhältnissen nicht vertraute Arbeiter. Demgemäß war auch Unachtsamkeit der Verletzten selbst die bei weitem häufigste Ursache der Unfälle.

Demgemäß — sehr richtig! Und demgemäß müßten diejenigen Unternehmer, welche ungelernete Arbeiter zu gefährlichen Arbeiten annehmen, streng bestraft und von den Aufsichtsbeamten gerügt werden.

Auch im Bergrevier Königshütte wurde so sehr nach dem Profit gesehen, daß als hauptsächlichste Gefahrenquelle im amtlichen Bericht angegeben wird, „die Streckenförderung“, bei welcher große Kohlenmengen von jüngeren, teilweise noch ungeübten und unerfahrenen Arbeitern schnell bewegt werden müssen.“

Also auch hier sind die Unfälle eine Folge rücksichtsloser Profitfucht, denn sie veranlaßt es, daß die jüngeren ungelerneten und billigeren Arbeiter anstatt der besser zu bezahlenden gelerneten älteren angestellt werden. Daß dabei Arbeiter zu Grunde gehen — das bringt's Geschäft so mit sich! Und das wird nicht eher ein Ende nehmen, als bis ein wirklicher Arbeiterschutz und eine wirklich e Aufsicht bestehen, durch welche die geistigen Urheber der Unfälle, die Profitmacher, wegen fahrlässiger Tödtung und Körperverletzung zur Verantwortung gezogen werden. Das bißchen Unfallrente, das sie jetzt zu zahlen haben, schreckt sie nicht!

Nachrichten aus dem Auslande.

Ein internationaler Kongreß für Arbeiterschutz sollte die Züricher Regierung im Anschluß an die Pariser Weltausstellung 1900 einberufen wissen. Sie hat an den Schweizer Bundesrath ein Gesuch gerichtet, in diesem Sinne bei der französischen Regierung zu wirken. Der Bundesrath habe geantwortet, es empfehle sich für die Schweiz nicht, mit Frankreich darüber zu verhandeln, nachdem den Vorantritt habe überlassen müssen. Wenn die Zeit gekommen sei, siehe es der Schweiz besser an, die Initiative zu einem solchen in der Schweiz abzuhaltenen Kongresse zu ergreifen.

Der zweite Prozeß gegen Zola wegen Verleumdung des Kriegsgerichts begann Montag vor dem Schwurgericht in Versailles. In der Angelegenheit des Justizpalastes sind Sicherheitsmaßregeln getroffen und 400 Pariser Polizeibeamte sind zur Unterstützung der Polizei am Orte eingetroffen. Den Vorsitz führt der Präsident des Appellationsgerichtshofes Perivier. Die Staatsanwaltschaft vertritt Generalstaatsanwalt Bertrand. Bei Beginn der Verhandlung stellte vor der Konstituierung der Jury der Verteidiger Labori Anträge dahin, der Gerichtshof möge den von Mitgliedern des Kriegsgerichts getriebenen Strafverfolgung als nicht zulässig zurückweisen. Der Gerichtshof lehnte aber die An-

träge ab und erkannte den Mitgliedern des Kriegsgerichts das Recht zu, als Nebenkläger aufzutreten. Das Urteil ist bereits am Montag gefällt worden. Das Schwurgericht fällt in Abwesenheit Zolas das Urteil, welches auf 1 Jahr Gefängnis und 3000 Frank Geldstrafe lautet.

Ein Aufstand in Turkestan hat mit der Verurteilung der Teilnehmer zu schweren Strafen geendet. Nützlich wird in Petersburg folgendes bekannt gemacht: Bei den Verhandlungen über den Aufstand in Ferghana hat das Militärgericht in Andischan verfügt: Von den 48 Angeklagten aus der Zahl der Bewohner Andischan wird ein Minderjähriger zu Gefängnishaft verurteilt. Bei 45 der Angeklagten ist wegen bewaffneten Ueberfalles auf russische Truppen auf Tod durch den Strang erkannt worden. Bei 32 der Verurteilten wird die Umwandlung der Todesstrafe in zwanzigjährige Strafarbeit nachgesucht werden. Zwei Angeklagte wurden freigesprochen. Auf das entsprechende Gesuch hat der Kaiser die zum Tode Verurteilten zu Strafarbeit begnadigt.

Spanien und die Vereinigten Staaten.

Die Kapitulation von Santiago.

Ueber Santiago weht jetzt das amerikanische Sternbanner. Am Sonntag vormittag hat die spanische Garnison unter General Toral die Verhandlungen verlassen und ist in die amerikanischen Linien eingedrückt. Hier wurden regimentenweise die Waffen niedergelegt. Gleichzeitig wurde die spanische Flagge niedergeholt und an ihrer Stelle das amerikanische Banner gehißt. Ueber die Einzelheiten der Kapitulation wird folgendes gemeldet: General Shafter, welcher von den Divisions- und Brigadeführern begleitet war, wurde von einer Kavallerie-Abteilung eskortiert, General Toral mit seinem Generalstab war von hundert ausgewählten Soldaten umgeben; man tauschte Trompetensalute aus. Toral übergab sodann seinen Degen an Shafter, welcher ihm denselben zurückgab. Der Ceremonie wohnten amerikanische Truppen bei, welche vor den Verschanzungen in Linie aufgestellt waren. Hiernach ritten Shafter mit Begleitung und Toral durch die Stadt zur offiziellen Besignahme, welche im Gouverneur-Palaste stattfand. Mittags wurde in Gegenwart von zehntausend Personen die amerikanische Flagge gehißt. Nach dieser Ceremonie, welche mit Vorträgen patriotischer Lieder durch die Militärfakeln und mit Salutsschüssen ihren Abschluß fand, kehrte Shafter in das Lager zurück, während er die Stadt und Municipalität der Aufsicht des Generals Mac Ribben überließ, welcher zum provisorischen Militärgouverneur ernannt wurde. Zur Aufrechterhaltung der Ruhe verblieben zwei amerikanische Regimenter in der Stadt. Die Spanier lagern außerhalb der amerikanischen Linien, bis die Einschiffung nach Spanien vor sich geht. Wie der General Shafter nach Washington gemeldet, sind am Sonntag 7000 Gewehre und 600 000 Patronen von den Spaniern ausgeliefert worden. An der Hafeneinfahrt standen eine Anzahl guter moderner Geschütze, ferner zwei Batterien Geschützgeschütze und eine Salutbatterie von fünfzehn Bronzegeschützen.

Der Kriegsplan der Amerikaner.

Wenn die Spanier nicht bald Frieden schließen, werden die Amerikaner Puerto Rico angreifen und das Geschwader Watsons an die spanische Küste senden. Letzteres wird schon in Tanger in Marokko erwartet und besteht aus sechs Schlachtschiffen nebst Zubehör, kann aber noch bedeutend verstärkt werden. Die Bewohner der spanischen Küste haben sich bereits ins Innere zurückgezogen, um den Folgen einer Beschließung zu entgehen.

Die Carlisten in Spanien

entfalten eine sehr eifrige Thätigkeit. Die spanischen Minister selbst haben zugegeben, daß die Carlistenbewegung wächst, und daß an der französischen Grenze eine rege Thätigkeit herrscht, Waffen einzuführen und Depots anzulegen. Wie aus Brüssel gemeldet wird, trifft Don Carlos Vorbereitungen zur Abreise nach Spanien. In Madrid ist der Hauptvertreter Don Carlos, der Herzog von Solferino, eingetroffen, um die Leitung der carlistischen Agitation zu übernehmen. Die spanische Regierung ordnete die strengste Bewachung Seylers an, welcher verdächtig ist, sich an die Spitze der Carlisten stellen zu wollen.

Militärische Nachrichten.

Von militärischen „Reformen“ ist wieder einmal die Rede. Bezüglich der deutschen Kavallerie verlautet im Hannoverschen Courier, daß der Plan besteht, die sämtlichen 5. Eskadrons zu Regimentern à 4 Schwadronen zusammenzufassen. Da 93 Regimenter, darunter 10 bayerische, 6 sächsische, 4 württembergische, bestehen, so würden auf Preußen und die preussische Verwaltung unterstellten Kontingente ca. 20—21 neue Regimenter entfallen, auf Bayern 2—3, auf Sachsen und Württemberg je 1, Summa ca. 24 bis 26 neue Regimenter; sämtliche Regimenter würden 4 Eskadrons zählen. Ueber das „Wann“ der Durchführung der Maßnahme verlautet noch nichts. Die Berliner neuesten Nachrichten halten die Nachricht in dieser Form nicht für richtig. Die Formierung der Regimenter in 5 Schwadronen befehlt seit 1860 und war eine der grundlegenden Maßnahmen der damaligen Heerreform, um die Marschbeweiskraft der Kavallerie gegenüber dem früheren schwerfälligen Mobilisierungsapparat zu beschleunigen. Auf dieser Ordnung beruht heute noch die Mobilmachung und die beschleunigte Ausmarschfähigkeit der deutschen Kavallerie. Es könnte sich im äußersten Falle um eine an sich nicht unbedenkliche Uebergangsmäßregel handeln.

Nachrichten aus Magdeburg.

Zum Streit der Bauarbeiter. Die Verhandlungen der von den streikenden Bauarbeitern, Maurern und Zimmerern gewählten Kommission von sieben Mann mit den Arbeitgebern begannen heute Dienstag vormittag um 11 Uhr.

Die Streikenden bestimmten außerdem noch drei Mitglieder der Lohnkommission, welche mit beratender Stimme an den Verhandlungen teilnehmen sollen. Wird ihre Zulassung jedoch verweigert, so sollen dieselben die Verhandlungen nicht abbrechen werden. Im übrigen verweisen wir unsere Leser auf den in heutiger Nummer abgedruckten Verhandlungsbericht, aus welchem die Stellungnahme der Streikenden zu dem Verhandlungsversuch hervorgeht.

— Eine Pofadowsky-Verleumdung und eine Verleumdung des Landrats von Memel. Cranz, soll unser Redakteur, Genosse Müller, begangen haben. Erstere wird gefunden in einem Artikel in unserer Zeitung, in welchem der bekannte „offene Brief“ des Grafen Pofadowsky an einen „notablen Politiker“ besprochen wurde, letztere in einer aus einer anderen Zeitung übernommenen Notiz, in welcher Vorkommnisse bei der Wahl in Memel-Hepdenburg besprochen wurden. Wegen beider Strafsachen hatte Genosse Müller bereits eine Verurteilung zu bestehen. Da beide Artikel auch in anderen Zeitungen zu finden waren, sind wir begreiflicherweise sehr neugierig, ob auch gegen diese Zeitungen Strafantrag gestellt wird, oder ob der Herr Graf Pofadowsky und der Herr Landrat Cranz besonderes Gewicht darauf legen, daß ihre angeblich verletzte Ehre vor der Magdeburger Bevölkerung wieder rehabilitiert wird.

— Kleine rote Fettel mit der Aufschrift „Wählt Pfannkuch!“ wurden am Tage vor der Wahl in Magdeburg in Menge angeklebt. Hierbei wurde der Zimmermann Wilhelm Koppe betroffen, der nun mit folgendem Strafantrag beklagt wurde: „Sie haben am 15. Juni 1898 in Magdeburg ein einseitig gehaltenes Plakat, welches einen nach § 9 des Preussischen Pressgesetzes vom 12. Mai 1851 unzulässigen Inhalt hatte, an anderen als den politisch erlaubten Stellen öffentlich angeheftet, auch im übrigen eine politische Erlaubnis zum öffentlichen Anheften pp. Durchschriften der gedachten Art nicht begeben. Es wird deshalb hiermit gegen Sie auf Grund von §§ 9, 10 und 41 des Preussischen Pressgesetzes vom 12. Mai 1851 in Verbindung mit § 30, Absatz 2 des Reichsgesetzes vom 7. Mai 1874 und §§ 74 und 146 der Straßenpolizei-Verordnung vom 1. Oktober 1892 eine Geldstrafe von 20 Mark ev. 3 Tage Haft festgesetzt.“ Ueber diesen Strafbefehl wird natürlich gerichtliche Entscheidung beantragt. Wir bemerken, daß der uns vorliegende Strafbefehl hektographirt ist. Man kann wohl hieraus schließen, daß noch mehr Fettelankleber mit einem gleich lautenden Strafbefehl bedacht werden.

— Arbeitervereinsliste. Die große Rede, welche der General v. Spitz jüngst in Weiskensfeld auf dem Arbeiterverbandstage gehalten hat, scheint schon Früchte zu tragen. So wurde ein Einwohner von Freleben, der auch zugleich Mitglied des Landwehr-Unterstützungsvereins ist, mit folgendem Schreiben bedacht:

Herrn ... Freleben.
Da Sie sich an sozialdemokratischen Bewegungen beteiligen haben, dies aber den Statuten des Landwehr-Unterstützungsvereins zuwider ist, hat der Vorstand beschlossen, Sie gemäß § 3a unserer Statuten mit Verlust eines jeden Anspruchs aus dem Landwehr-Unterstützungsverein auszuweisen, und werden Sie zu Vereinsversammlungen nicht mehr zugelassen.

Der Vorstand des Landwehr-Unterstützungsvereins
Georg Niemann.

Die Arbeitervereine, die ihren Mitgliedern „sozialdemokratische Bewegungen“ verbieten, sind aber trotzdem „unpolitisch“.

— Nachklänge von der Maiseier in Fernerleben. Dem Veranfaller der Maiseier in Westerschiffen, sowie dem Gastwirt Heinrich Wille daselbst, war ein Strafantrag von je 15 Mark gestellt worden, weil beide am 1. Mai ein Vergnügen veranstaltet haben sollen, ohne die Besize der polizeilichen Erlaubnis zu sein und ohne die Vergnügungssteuer vorher gezahlt zu haben. Wie sich die Sache verhielt, beweisen folgende Schriftstücke: Amtsvorsteher, Westerschiffen a. b. Elbe. An den Kopsortner Karl Jähle in Fernerleben. Das von Ihnen am 1. Mai angemeldete, im Gasthose zum weißen Hirsch hier stattfindende Vergnügen des Arbeiterbildungsvereins Salbe und Umgegend bestehend in Konzert und Ball, kann, da dasselbe öffentlich ist, nur bis 11 Uhr gestattet werden.“ Auch betreffs der Vergnügungssteuer war der Veranfaller der Maiseier seiner Pflicht nachgekommen, wie folgende Quittung beweist: Westerschiffen a. Elbe. 4 Mark 10 Pfennig (geschrieben: Vier Mark und zehn Pfennig) Vergnügungssteuer für das am 1. Mai im Gasthose zum weißen Hirsch abgehaltene Vergnügen des Arbeiterbildungsvereins sind vom Herrn Karl Jähle richtig gezahlt worden, wofür hiermit quittiert wird. Westerschiffen, 9. Mai 1898. Girmann. (Stempel.) Gemeinde Westerschiffen, Kreis Wangenleben.“

Gegen diese Strafanträge war natürlich Widerspruch erhoben und gerichtliche Entscheidung beantragt worden. Der Termin war am 8. Juli vormittags 9 1/2 Uhr vor dem königl. Schöffengericht Budau, wo Freisprechung erfolgte. Damit war die Sache jedoch noch nicht zu Ende. Denn am 14. d. M. wurde dem Veranfaller der Maiseier folgendes Schriftstück zugestellt: „An den Kopsortner Herrn Karl Jähle in Fernerleben. Der Erste Amtsanwalt, Magdeburg, den 8. Juli 1898. In der Strafsache wider den Gastwirt Heinrich Wille in Westerschiffen und Genossen. Wegen des Urteils des Schöffengerichts vom heutigen Tage lege ich das Rechtsmittel der Berufung ein. Die Verurteilung der Angeklagten aus der Luftbarkeitssteuer-Ordnung mußte zweifellos erfolgen nach dem Wortlaut: Die Steuer ist vorher zu zahlen, für deren Zahlung hastet Veranfaller und der Wirt. Wer von beiden die schuldige Steuer nicht vorher entrichtet, verfällt der angeordneten Strafe. Jähle war bei Anmeldung des Vergnügens bezw. vor dem 1. Mai b. J. sehr wohl in der Lage, die Steuer zu entrichten, die persönliche Anwesenheit des Amtsvorstehers im Amtsstufe ist dazu nicht nötig. Er konnte z. B. die Steuer durch die Post übermitteln. In der Luftbarkeitssteuerordnung steht davon nichts, daß die Steuerpflichtigen erst am Zahlung der Steuer seitens der Gemeindebehörde zu erfragen sind. Wenn also auch die Freisprechung der Angeklagten zu Recht erfolgt ist, soweit ihnen vorgeworfen wurde, daß sie zu dem Tanzvergügen einer polizeilichen Erlaubnis entbehrt hätten, denn sie hatten tatsächlich diese Erlaubnis, so muß doch ihre Verurteilung aus der Luftbarkeitssteuerordnung, wie hiermit beantragt wird, erfolgen. gez. Hildebrandt. An das Amtsgericht I hier Budau.“ Das weitere bleibt abzuwarten, Termin ist noch nicht festgesetzt. Für die Strafsache betreffs der Steuer hatte der Amtsanwalt eine Mark ev. einen Tag Haft beantragt. Das Gericht sprach aber auch hier frei.

— Ueber einen alten Schwindel. Der von Spanien aus in Scene gesetzte wird und dessen Arrangeur in letzter Zeit auch hier versuchte, Dunne zu finden, wird der Frankfurter Zeitung geschrieben: „Zu den schon öfter berichteten Schwindeln aus Spanien kann ich Ihnen einen Beitrag liefern. Ich hatte kürzlich Gelegenheit, von einem in Rußland etablierten Kaufmann zu hören, daß er einen Brief erhielt in französischer Sprache, datiert: „Prison militaire de Barcelona le 18 Juin 1898“, worin gesagt ist, daß der Briefsteller in Rußland 1 200 000 Frank vergraben habe, um Unterstützung bittet, um die Freiheit zu erlangen, und dafür den vierten Teil des obigen Betrags als Belohnung in Aussicht stellt. Der Brief ist unterzeichnet „Felipe Alvarez“, er bittet aber, die Antwort nicht direkt an ihn, sondern an seinen Diener Sr. Don Dionisio Manzano, Calle de Urget Nr. 48 in Barcelona (Spanien) zu adressieren. Es ist mir gerade unbegreiflich, wie ein Mensch glaubt, mit solchen plumpen Schwindeln bei vernünftigen Leuten etwas auszurichten und daß jemand dafür 25 Centimos Porto ausgiebt. Da aber die Dummen noch nicht alle sind, so kann es nichts schaden, wenn Sie diese Mitteilung veröffentlichen.“

— Großfeuer auf dem Grusonwerk. Wie schon gestern kurz berichtet, entstand Sonntag abend ein mächtiges Schandfeuer, wie es in Magdeburg schon seit langem nicht mehr gewaltet hat, auf dem Grusonwerk. Es brannte das an der Freiensstraße belegene Gebäude der großen Montage und wurde ganz ein Raub der Flammen. Die Magdeburgerische Zeitung berichtet über den Brand: „Die große Montage liegt mit der einen Front unmittelbar an der Freiensstraße, hat ein Geviert von 80 Meter Länge und 60 Meter Breite, sowie starke massive Wände und ist drei Stockwerke hoch ohne Dachstuhl. Der innere Ausbau besteht aus eisernen Säulen und Trägern, die Geschoße sind mit Bohlen abgedeckt. Das Feuer soll im obersten Geschoß entstanden sein. Es wurde von den Wächtern des Werkes entdeckt, griff aber mit einer so gewaltigen Schnelligkeit um sich, daß an ein Löschen von seiten der Werkfeuerwehr nicht zu denken war und die städtische Feuerwehr von dem im Werk selbst befindlichen Feuerwehler um 10 Uhr 51 Min. alarmiert wurde. Schlimme Pläne riefen ab, beim Ausdrücken aus dem Depot hatte sich der Himmel über ganz Budau schon glühend rot gefärbt, so daß die Fahrgänge im schnellsten Trabe der Brandstelle zufließen. Das ganze Gebäude war vollständig vom Feuer ergriffen, ein Eindringen war wegen der damit verbundenen großen Gefahr für die Mannschaften ganz ausgeschlossen, die Außenwände, namentlich der nördliche Giebel, neigten sich bedenklich nach außen; es galt nur noch die hart angrenzenden Gebäude der Geschoßbrecherei und die Abteilung für Rumänien, sowie die gegenüberliegenden Gebäude zu retten, was auch glücklich gelang. Ein Einsturz der Umfassungsmaße trat glücklicherweise nicht ein. Nachdem das Gebäude fast ausgebrannt war, konnte an Abklärungsarbeiten im Innern des Gebäudes noch nicht gedacht werden. Die gesamte Feuerwehreinrichtung des Werkes, sowie sämtliche Hügel der städtischen Feuerwehreinrichtung gegen 3 1/2 Uhr morgens in Thätigkeit und hatten im ganzen mit 22 Strahlrohren dem verherenden Element entgegengearbeitet. Es stehen nur noch die vier Umfassungsmaße und im Innern das Eisengerippe, teilweise dem Gerüstträger nahe, auf dem Boden liegen die Reste der wertvollen zerstörten Fabrikergänze. Auf dem gegenüberliegenden Grundstück der Fabrik von Garet, Smith u. Co. gerieten infolge des heftigen Flugfeuers einige landwirtschaftliche Maschinen in Brand, das Feuer wurde aber schnell von einem Kommando gelöscht. Die Löscharbeiten fanden unter Leitung des Branddirektors Stolz statt. Wie wir hören, beläuft sich der Schaden- und Materialschaden auf rund 1 Million Mark, wovon 18 Versicherungsgesellschaften zu tragen haben.“ Das Gericht, wonach 500 Arbeiter entlassen werden sollen, scheint sich nicht zu bestärken. Es sind bloß 200 Arbeiter von dem Brand betroffen, die aber in anderen Abteilungen beschäftigt werden sollen.

— Mitter die Kleinen. Am Sonnabend nachmittag versuchte ein Arbeiter aus Sudenburg, der bereits wegen Sittlichkeitsverbrechen verurteilt ist, unzulässige Handlungen mit einem 9 jährigen Mädchen vorzunehmen. Zum Glück gelang es noch rechtzeitig, den Unhold festzunehmen. Es ist dieses in den letzten Tagen der zweite derartige Fall; es kann darum nicht genug gewarnt werden, daß sich die Kinder und besonders die Mädchen mit Männern in irgend welcher Weise einlassen.

— Unfälle. Die verwitwete Schuhmacher W., geb. U., aus Hundsbürg, die vor ungefähr acht Tagen gefallen war und sich dabei die rechte Hüfte verletz hatte, wurde dieser Verletzung wegen jetzt in die altstädtische Krankenanstalt gebracht. Weiter fand dort Aufnahme das Mädchen Elisabeth P., das eine Schnittwunde am rechten Bein hatte.

Nachrichten aus der Provinz.

Obenrecht. (Hohelt.) Ueber einen Akt der Rohheit berichtet die Magdeburgerische Zeitung: In dem benachbarten Höhenwerkstein ist in der vergangen Nacht ein Mensch in dem Garten der besetzten Witwe M. gestiegen und hat 11 junge Obstbäume, die in diesem Jahre die ersten Früchte trugen, umgebrochen. Es liegt in dieser rohen That offenbar ein Mordanschlag vor. — Infolge der nahesten Mitternacht hier und in den angrenzenden Feldmarken die Kartoffelstiele auf.

Schneebeck. (Ertrinken.) Am Freitag erkrankt bei Glinde der Steuermann August Wieher aus Neubeben bei Porey a. Elbe. Wieher starb für den Großschiffer Alexander Andre in Hamburg. Wie das Unglück geschehen ist, weiß niemand anzugeben. Der Verunglückte hinterläßt 5 Kinder.

Zuchthaus. (Von Dache gestürzt.) In Zuchthaus bei Zieslar stürzte ein Dachbeder bei seiner Arbeit vom Dache. Er erlitt einen Armbruch und andere Verletzungen, weshalb er nach Genthin ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

Nachrichten aus dem Reiche.

Hamburg. (Massenverkränkungen von Soldaten.) Wie der Hamburger Korrespondent aus Wilna meldet, erkrankten am Donnerstag bei dem 3. Bat. des 31. Inf.-Regiments nach dem Mittagessen 70 Soldaten, und Freitag eine noch größere Anzahl, so daß sich 165 Mann im Lazarett befanden. Die Erkrankungsursache konnte bisher nicht festgestellt werden, jedoch ist der Zustand der Erkrankten nicht besorgniserregend. Ein Todesfall ist nicht vorgekommen, nur heftiges Fieber ist eingetreten. Die Untersuchung ist im Gange. Man hat festgestellt, daß diejenigen Soldaten, die das meiste gegessen hatten, am schwersten erkrankten. Die Krankheit war jedoch nicht von langer Dauer, so daß die meisten der von der Krankheit betroffenen jetzt schon wieder Dienst thun können. Ein sicheres Resultat der chemischen Untersuchung der Speisereste und der Ausleerungen der Erkrankten war bisher nicht zu erzielen. Es steht fest, daß die Vergiftung höchstwahrscheinlich durch Fleischgift erfolgte.

Stuttgart. (Ausbruch aus dem Zuchthaus.) Ueber einen Versuch, aus dem Zuchthaus auszuweichen, wird aus Stuttgart gemeldet: Die zwei Zuchthausgefangenen Müller und Hirth haben den Lebensfall schon zuvor verabredet gehabt und mit großer Ueberlegung ausgeführt; sie waren der Schlosserei zugeteilt, die im Erdgeschoße des Zuchthaus untergebracht ist. Während des für die evangelischen Gefangenen stattfindenden Frühgottesdienstes wählten sie einen Hammer zu verschaffen, mit dem sie den in der Schlosserei anzuwendenden Aufseher W. Reuter ohne Zweifel von rückwärts zu Boden geschlagen haben. Ein Witzgefangener, der um Hilfe rief, wurde durch einen Hammer Schlag im Gesicht verwundet. Der Hissers wurde von den in der Nähe weilenden Aufsehern gehört, die natürlich sofort herzu-eilen und die beiden Sträflinge festhaken. Sowohl Witzgefangener, wie auch der um Hilfe rufende Gefangene sind nicht gefährlich verletzt. Die zwei Empörer werden vor das nächste Schwurgericht gestellt, wo ihnen eine ganz empfindliche Strafe in Aussicht steht; einmischen werden sie in besonderem Gewachsam gehalten. Müller ist ein ungemein freizüglicher Mensch und Hirth hat erst voriges Jahr durch einen mißlungenen Fluchtversuch aus dem Zuchthaus von sich reden gemacht.

Wieder ein Grubenunglück.

Ein großes Grubenunglück wird aus Gleimitz in Oberschlesien gemeldet. Am Montag früh stürzte in dem gräflich Schaffgotsch'schen Gotthardt-Schachte der Paulusgrube bei Morgenrot bei der Einfahrt der Belegschacht die Förderseile mit einem Steiger und 23 Bergleuten in die Tiefe. Sämtliche Abgestürzte sind tot. Wie es heißt, sei das Unglück dadurch entstanden,

daß das Seil an der Förderseile aus dem Seilschloß heraussprang und die Seile in den 250 Meter tiefen Schindmann-Flöz stürzte. Die Bergung der Leichen geschieht vom Kynast-Schacht aus. Bis Montag mittag war die Hälfte der Verunglückten zu Tage gefördert. Dieselben sind bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt.

Gerichtliche Urteile.

Ferien-Strassammer II.

Der schon öfter vorbestrafte Arbeiter August Schulze aus Seehausen, geboren am 2. Mai 1859, entwendete im März d. J. aus der Dobelebener Flur etwa 2 Centner Kartoffeln, die er gemeinschaftlich mit seinem Stiefsohn, Arbeiter Heinrich Rennau, geboren 1877, auf einem Handwagen wegschaffte, wobei sie von dem Feldhüter angehalten wurden. Der Gerichtshof verurteilte Schulze wegen Diebstahls im wiederholten Rückfalle zu 6 Monaten Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust, Rennau wegen Begünstigung zu 3 Monaten Gefängnis.

Der Maler Franz Spiegel, geboren 1871, und dessen Ehefrau, Dorothee geborene Wille, geboren 1872, hier, wurden wegen Pfandentziehung mit je 10 Mark Geldstrafe belegt.

Bereine, Versammlungen, Vergnügen.

Die Maurer-, Zimmerer- und Bauarbeiter-Versammlung, welche am Montag im Luisenpark tagte, war sehr gut besucht und beschäftigte sich eingehend mit dem Vorschlage des Oberbürgermeisters, die Streikenden zu schlichten durch eine Kommission, bestehend aus sieben Arbeitern und sieben Unternehmern aus den sieben größten Geschäften, welche unter Vorsitz des Oberbürgermeisters Schneider unterhandeln sollten. Die Versammlung trat nach der Vortragsstellung in eine lebhafte Diskussion über diesen Vorschlag ein. Aus derselben ging hervor wie man kämpft von seiten der Unternehmer, wie die Erfüllung der Forderungen beherrscht, daß man aber doch gewillt ist, auch diesen Schritt zu thun, um zu zeigen, daß man nicht nur streiken, sondern auch etwas erringen will. Der Vorschlag wurde angenommen. Die Versammlung war sich aber bewußt, daß der Kampf mit ganzer Kraft fortzuführen werden muß, wenn nichts Positives erringen wird. Folgende Resolution wurde angenommen:

Die öffentliche Maurer-, Zimmerer- und Bauarbeiter-Versammlung am 18. Juli 1898 bekräftigt es sehr angenehm, daß der Herr Oberbürgermeister sich bereit finden ließ, als Unparteilicher die Verhandlungen zur Beilegung des Streiks bezw. Ausperrung in die Hand zu nehmen, und thätig zu fördern. Die Versammlung bedauert indessen sehr lebhaft, daß sich der Arbeitgeber-Verband nicht dazu verstehen will, mit den Lohnkommissionen der Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter zu verhandeln. Diese ablehnende Haltung, in Verbindung mit den keineswegs schmeichelhaften Publikationen des Arbeitgeber-Verbandes nach Aufhebung der Verhandlungen, konnten nicht verfehlen, die Versammlung mit Mißtrauen gegen den Arbeitgeber-Verband zu erfüllen, um so weniger, da besagter Verband bisher immer vorgab, daß er nicht beabsichtige, die Organisationen der Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter zu spargen. In dem Vorschlage, daß von den sieben größten Baugeschäften je ein Arbeitervertreter ernannt werden soll, die zusammen dann mit den Vertretern des Arbeitgeber-Verbandes die Bedingungen des Friedensschlusses vereinbaren sollen, scheidet die Versammlung kein geeignetes Mittel, den eventuellen Frieden mit Garantien zu umgeben; der Vorschlag, den den Kommissionen nicht zu verhandeln, kann nur dem Bestreben sein Entschien verstanden, in den Reihen der streikenden bezw. ausgeschlossenen Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter Verwirrung zu bewirken. Wenn die Versammlung trotz alledem die Vertreter dem Vorschlage gemäß ernannt, so beweist sie damit zur Evidenz, daß es ihre christliche Pflicht ist, zu einem Abschlusse des Streiks bezw. Ausperrung zu kommen. Die Versammlung unterstützt es, den Vertretern Vorschritten in Bezug auf ihre Haltung bei den Verhandlungen zu machen, sie setzt das Vertrauen in dieselben, daß sie das Interesse ihrer Berufsgenossen befruchtend vertreten werden, so daß ein jeder der Berufsgenossen später mit gutem Gewissen den Friedensbedingungen seine Zustimmung geben kann.

Die Verhandlungen finden Dienstag früh 11 Uhr unter Leitung des Oberbürgermeisters statt. Die sieben Geschäfte: Bau- und Kreditbank, C. Gauslin, C. Schmidt, J. Fr. Meier, Buernmeister, Brandt u. Brunton, Behrendt sind von den Unternehmern bestimmt, während die Versammlung folgende Kollegen wählte: Zimmerer Koppe, Zimmerer Burrowsky, Maurer Schellhase, Maurer Cabelly, Maurer Hylbrand, Maurer Auf, Bauarbeiter Kull. Ein Antrag, von jeder Lohnkommission ein Mitglied zu bestimmen, welches den Verhandlungen unter der Leitung des Herrn Oberbürgermeisters Schneider mit beratender Stimme beizuwohnen solle, wurde angenommen. Bestimmt wurden Schuch, Mädel und Frensch. Sollten die Arbeitgeber und der Herr Oberbürgermeister nicht damit einverstanden sein, so soll man auch da noch darauf verzichten, da man ja doch am Dienstag abend in der Versammlung über das Resultat dieser Unterhandlung beschließen. Somit war diese Angelegenheit erledigt. Die Streikkommission und einzelne Redner schickten noch verschiedene Vorträge, welche die Friedensliebe der Unternehmer in das rechte Licht stellen. Acht Italiener, die ankamen, wurden von Meistern und Polizeibeamten empfangen, in einen Omnibus gebracht und dann forttransportiert. Die Meister riefen den Streikenden die höflichste Bemerkung zu: „Na, das war mal wieder nichts!“ Wahrhaftig, keine Helfershelfer! In der Erwiderung der Unternehmer in den hiesigen Blättern wurden bewusste Unwahrheiten festgesetzt und festgenagelt.

Dienstag, 19. Juli:

Männer-Turnverein „Freischütz“. Jeden Dienstag und Freitag abends Turnstunde im „Drei Kaiserbund“, Große Storchstraße 7.

Mittwoch, 13. Juli:

Männer-Chor „Fidelio“. Budau. Jeden Mittwoch abends 8 1/2 Uhr Übungsstunde bei Dienemann, Cognitstraße 19.

Männer-Gesangverein „Gr. Dörckleben“. Jeden Mittwoch abends Übungsstunde bei A. Baake.

Turnverein „Jahn“, Sudenburg. Jeden Mittwoch und Freitag Turnabend in der „Berthel Bierhalle“, Schönburgerstraße 28.

Männer-Gesangverein „Vorwärts“. Alte Neustadt. Jeden Mittwoch abends 8 Uhr Übungsstunde bei Genth, Molkenstraße.

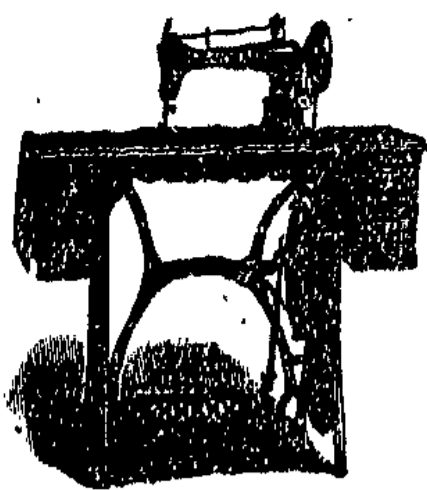
Quittung.

Für die streikenden Bauarbeiter Magdeburgs gingen ein: Von der Zahlstelle Magdeburg des Verbandes der Schneider 10,00. — Vom Stahlab Friedrichslust 0,00. — Von den Thomasschen Töpfern 18,00. — Von L. F. 1,00. — Von A. B. 0,50. — Von Schinde 3,25. — Lante und P. 1,00. — M. F. r. e. h., Vertrauensmann der Bauarbeiter Magdeburgs.

Naturheilverein Neue Neustadt.
Vortrag
am Sonntag, den 24. Juli, nachmittags 3 1/2 Uhr im großen Saale des Weißen Hirschs, Friedrichsplatz.
Thema: Die Entstehung der beiden Geschlechter.
Referent: Dr. Hirschfeld-Charlottenburg.
Gäste haben Zutritt. Entree 10 Pfg.
Der Vorstand.

E. Beck
vormals C. Heisinger
Nr. 56 Knochenhauerstraße, Nr. 56.
Spezialgeschäft für
Bettfedern und Daunen.
Großes Lager
fertiger Betten, Inletts, Laten, Bezüge.
Bettfedern-Reinigungsanstalt
vorzüglichste Einrichtung. 481

Mitglieder-Versammlung
des Vereins der
1776
Restaurateure und Bierinteressenten
von Magdeburg und Umgegend
Mittwoch, den 20. Juli, nachmitt. 4 Uhr, beim Mitglied
W. Kersten, Neustadt, Schmidtstraße 58.
Ergehnen aller ist Pflicht. Der Vorstand.



Singer Nähmaschinen sind mustergetreu in Konstruktion u. Ausführung.
Singer Nähmaschinen sind unentbehrlich für Hausgebrauch und Industrie.
Singer Nähmaschinen sind in allen Fabriksbetrieben die meist verbreitetsten.
Singer Nähmaschinen sind unerreicht in Leistungsfähigkeit und Dauer.
Singer Nähmaschinen sind für die moderne Knopfmacherei die geeignetsten.
 Kostenfreie Unterrichtskurse, auch in der modernen Knopfmacherei.
 Die Nähmaschinen der Singer Co. werden in mehr als 400 Sorten von Spezial-Maschinen für alle Fabrikationszweige geliefert und sind nur in unseren eigenen Geschäften erhältlich.

Singer Co. Akt.-Ges., Br. Weg 53.

(Ehemalige Firma: G. Heidlinger).
 Comptoir und Lager:

Wismarckstraße 33, Ecke der Lanzenstrasse.

Bei Einkäufen bitten wir unsere Leser, sich auf die Volksstimme beziehen zu wollen.

24 Tage gesund im Irrenhause!

Sensationelle Enthüllungen!
Broschüre Stürtz.

unheilbare Krankheiten

werden mit anerkannt bestem Erfolge behandelt durch
Visser, homöopathischer Prakt.

Magdeburg, Jakobstraße 3.
 Sprechstunden von 11-4 Uhr; Donnerstags keine Sprechstunden.

Holzarbeiter-Verband
 Filiale Burg.

Sonnabend, den 23. Juli 1898
 im Saale des Hofjägers

6. Stiftungsfest

Konzert, Kinder-Belustigungen, grossem Brillant-Feuerwerk und Ball.

Programme sind zu haben beim Vorstand, beim Komitee und bei C. Jesse, Holzstraße 2.

Dampferfahrt nach Grünewalde

1. Budauer Athletenklubs Germania

am Sonnabend, den 23. Juli unter gütiger Teilnahme der Musikvereine „Sermo“ (Budau) und „Concertino“ (Neustadt).
 Abfahrt des Dampfers „Schnadenburg“ vom Strombad 8 Uhr, von der Elbstraße, Budau, 8 1/2 Uhr.
 Partien für Erwachsene à 50 J., für Kinder à 10 J. sind bei Herrn Böhm, Budau, Schönebekerstraße 30, Cigarrengeschäft, und bei sämtlichen Mitgliedern zu haben.
 Das Komitee.

Freie Gemeinde, Sudenburg.

Das heutige Kindervergügen findet in Friedrichslust statt. Abmarsch nach dort von Michaelstr. 16 um 2 Uhr.
 Der Vorstand.

Große öffentliche Bäcker-Versammlung
 in der Stephanshallen, Spiegebrücke 13
 am Donnerstag, den 21. Juli, nachmittags 3 Uhr.

1. Der Streif der Hamburg-Altonaer Kollegen und welche Lehren ziehen wir daraus?
 Referent Kollege Allmann-Hamburg.
 2. Verschiedenes.
 Um zahlreiches Erscheinen bittet
 Der Einberufer.

Empfehle besonders:
 Bier (0,4 Flaschen), sehr gute Cigarren, echt Nordhäuser Kautabak, frische Landbrot, reines Roggenmehl, Kartoffeln (garantiert frei von künstlichen Dingen), auch sämtliche Materialwaren zum billigsten Preise.
A. Rosenhagen, Buckau
 Sudenburgerstr. 19.

Diejenige Person
 welche gestern abend in Meib's Stabliement eine braune Ledertasche mit Inhalt sich angeeignet hat, wird ersucht, dieselbe daselbst abzugeben, weil diese Person erkannt worden ist.

Zu haben
 in den meisten Kolonialwaren-, Drogen- und Seifen-Handlungen.

Dr. Thompson's Seifenpulver



Waschmittel der Welt.

Man achte genau auf den Namen „Dr. Thompson“ und die Schutzmarke „Schwan“.

Neu! Neu! Neu!
Einem Wetter-Anzeiger
 (D. R. G. M. 59730)

erhält jeder geehrte Leser dieses Blattes, welcher bei mir eine Reparatur abgibt. Reparaturpreise wie bekannt sehr billig. 1456

Max Heinecke
 Uhrmacher
 Johannisbergstraße 5.
 Geschäft gegründet 1840.

Gut erh. Bettstelle m. Matr. 6. 3. verkaufen. Gneisenaustr. 1, S., hptr.

Bei Einkäufen bitten wir unsere Leser, sich auf die Volksstimme beziehen zu wollen.
 4 räder. Kinderwagen billig zu verkaufen. Paul, Gr. Storchstr. 10, S., 3 Zr.

40 Bettstellen m. Matratzen
 werden einzeln mit einer Anzahlung von Mk. 5.00 und wöchentlicher Abzahlung von 1.00 Mark an abgegeben.
S. Osswald
 Ulrichstraße 14
 1. Etage
 gegenüber der Ulrichskirche.

Gesucht werden:
 Unentgeltlicher Arbeitsnachweis der Gewerkschaften Magdeburgs (Kleine Klosterstraße 15/16): Stellmacher, Tischler, Drechsler, Schmiede, Ofenmacher, Lackierer (selbstständig auf Wagenbau), Schuhmacher, Klempner, Barbierer und Bäcker.

Es suchen Stellung:
 Unentgeltlicher Arbeitsnachweis der Gewerkschaften Magdeburgs (Kleine Klosterstraße 15/16): Schlosser, Dreher, Formner, Sattler und Tapezierer, Binder, Feilenhauer, Müller, Feiger und Maschinisten, Böttcher, Schleifer, Asphaltierer, Steinbrücker, Buchbinder, Korbmacher, Cigarrenmacher, Schneider, Arbeiter für jede Arbeit und Arbeit.

Herrmann Liebau
 Breitenweg 127
 etc. Schloßstr. 127
 liefert an jedermann
Waren u. Möbel
 auf
Abzahlung
 mit kleiner Anzahlung und kleinen Größten Anzahlungen dieser Art.

85. Pfand-Versteigerung.

Am Mittwoch, den 3. August d. J., von nachmittags 2 Uhr an, sollen
Franziskanerstr. 3a
 alle die im Monat **September 1897** versetzten und erneuerten, von **Nr. 1687 bis 3596**

verzeichneten, bis dahin nicht eingelöst oder erneuerten, mithin verfallenen Pfänder, als: Herren- und Damen-Garderoben, Betten, Wäsche, Fahrräder, Uhren, Cigarren, Gold- und Silberfachen durch den Gerichtsvollzieher Herrn **Ebeling** öffentlich meistbietend versteigert werden.

Privat-Pfandhaus
M. Korn.

Küchenzettel des Schreinerinnen- und Damenheims, 1 Zr.
 Mittwoch: Erbsuppe, Bratwurstflöße und Milchreis.
 Donnerstag: Kirchsuppe, Nougaten und Kartoffelbrot.
 Freitag: Brühsuppe, Kohlrabi mit Rindfleisch.
 Sonnabend: Kartoffelsuppe, Heidelbeeren und Eierkuchen.

Küchenzettel der Magdeburger Volkstüchen
Gr. Marktstr. 2 und Schmidtstr. 61
 Mittwoch: Kohlstrüben mit Schweinefleisch
 Donnerstag: Linsensuppe mit Rindfleisch
 Freitag: Brauntopf mit Salzkartoffeln und Würstchen.
 Sonnabend: Graupensuppe mit Hammelfleisch.

Rechts-Bureau
Lebegott, Referendar a. D.
 Prälattenstr. 1. Mündl. Bespr. einer Sache 1-1.50 Mk. bei Obj. bis 1000 Mk.

Cirkus.
(Sommer-Variete.)
 Täglich:
 Familien-Spezialitäten-Vorstellung.
 Dauerkarten sind gültig.

Viktoria-Theater.
 Mittwoch, den 20. Juli 1898:
 Bektes Gastspiel des Herrn C. W. Müller.
Der Raub der Sabinerinnen.
 Schwan in 4 Akten von Schönthan.
 Emanuel Striese — Herr C. W. Müller.
 Donnerstag, den 21. Juli 1898:
 Benefiz für Frau Anna Frenzel.
Clare oder: Die zweite Frau.
 Schauspiel in 5 Akten nach dem Roman in der Gartenlaube von Ewers.

Walhalla-Theater.
 780 Täglich Künstler-Spezialitäten-Vorstellungen.

* Dem Herrn Friedr. Hohmann zu seinem 28. Wiegenfeste e. donn. Begeh. Unbenannt

Todes-Anzeige.
 Gestern (Sonntag) früh 7 Uhr entschied nach langem Leiden meine liebe Frau, unsere gute Mutter **Marie Thielecke** geb. Jacobs im Alter von 41 Jahren. Dies allen Verwandten und Bekannten zur Nachricht.
 Die Beerdigung findet am Mittwoch nachmittags 2 Uhr von der Leichenhalle des Budauer Kirchhofs aus statt.
Robert Thielecke u. Kinder.

Standesamt.
 Magdeburg, 18. Juli.
 Aufgebote: Arbeiter Friedrich Herrn Wilhelm Bräming in Sudenburg mit Emma Marie Luise Schelle in Förderstedt. Korbmacher Otto Mey hier mit Wilhelmine Freystedt in Kl.-Rodenbach. Raffener Karl Mebe hier mit Karoline Giebel in Dueselburg. Prokurist Curt Gaase mit Helene Hoffmann hier. Arbeiter Ernst Täglich mit Hedwig Hanisch hier. Kaufmann Otto Franke in Dresden mit Margarete Preuher hier.
 Geburten: Erna, T. des Arbeiters Otto Brinmann. Alfred, S. des Kaufmanns Alfred Schulze. Margarete, T. des Handelshändlers Paul Habelsch. Herbert, S. des Sergeanten i. Pion.-Bat. Nr. 4 Gustav Timme.
 Todesfälle: Friedrich Köpfe, Arb., 58 J. 4 M. 26 T. Wily, S. des Hoflegers Otto Feit, 3 J. 12 T. Erich, S. des Arbeiters Karl Wurzel, 3 M. 17 T. Wilhelmine geb. Thiene, Ehefrau d. Telegr.-Arbeiters Franz Schmidt, 50 J. 9 M. 6 T. Felz, unehelich, 20 T. Agnes, geb. Eichmann, Ehefrau des Schriftsetzers Wilhelm Köpfe, 26 J. 8 M. 15 T. Hedwig, T. des Schneidermeisters Wilhelm Marbau, 1 J. 4 M. 24 T. Meta, T. des Schneiders Otto Wegener, 1 J. 1 M. 20 T.
 Totegeburt: E. T. d. Generalagenten Otto Stiebertz.

Budau, 18. Juli.
 Aufgebote: Schlosser Gustav Paul Max Knappe mit Martha Anna Döppner hier.
 Geburten: Karl, S. des Platzmstr. Richard Göddke. Grethe, T. des Kaufm. Karl Dünisch. Emma, T. des Drehers Hermann Bertram. Meta, T. des Kaufm. Adolf Siems.
 Neustadt, 18. Juli.
 Aufgebote: Polizeiergeant Friedrich Wilhelm Stier in Altona mit Helene Luise Dörfelher Nachmund hier.
 Eheschließungen: Musiker Wily. Deeseberg in Völkau mit Anna Schrader. Maler Robert Hohenstein mit Anna Hoppe.
 Geburten: Erich, S. des Fleischers Lebrecht Lange. Adolf, S. des Arbeiters Wilhelm Marwiz. Otto, S. des Arbeiters Otto Lange.
 Todesfälle: Ernst, S. des Drehorgelspielers Friedrich Hermann, 15 T. August Kanneh, Arbeiter, 82 J. 5 M. 7 T. Marie, geb. Konrad, Wwe. des Arbeiters Philipp Meuz, 72 J. 3 M. 3 T. Erna Auguste Friederike, unehel., 1 M. 26 T.

Burg, 14. Juli.
 Eheschließungen: Kaufmann Herrn. Wilhelm Otto Steinhilfen mit Luise Emma Berth's hier.
 Geburten: Sohn des Kaufmanns Rich. Preshn.
 Vom 15. Juli.
 Geburt: Ein S., außerheh.
 Vom 16. Juli.
 Eheschließungen: Schwm. Heinrich Wilhelm Gustav Herzog mit Marie Ida Würges hier. Maurer Otto Gustav Reimann mit Luise Emma Pfeffer hier. Tischler Otto Max Hoh mit Agnes Hedwig Seeger hier. Tischler Karl Wilhelm Heitge mit Anna Luise, gen. Emma Frey, h. r. Arb. Johann Georg Gottfried Specht mit der geich. Auguste Emma Seeger, geb. Wienecke, hier. Arbeiter Ernst Johann Schröder in Cörsbelitz mit Auguste Marie Spiel hier.

Der Wahlzwang.

Die Rektionäre suchen verzweifelt nach Erklärungen, warum sie bei dem allgemeinen Wahlrecht so schlecht abschnitten, warum sie von Wahl zu Wahl an Umfang verlieren. Under anderem tüfteln sie heraus, daß die Schuld daran die geringe Wahlbeteiligung habe und schreien deshalb — es ist charakteristisch für diese Gesellschaft — nach Zwang, nach Wahlzwang. In der Deutschen Tageszeitung schreibt ein komischer Kauz über „Wahlschwänzer“. Er schimpft weidlich über die Wahlschwänzer, als deren Ursache für ihn nur „politische Unreife oder Feigheit und Faulheit gelten“; er ist überzeugt, daß die meisten Wahlschwänzer der Ordnungspartei angehören und daß bei besserer Wahlbeteiligung die Resultate ganz anders aussehen würden. Natürlich hat er prinzipiell gegen den Wahlzwang, gegen die Bestrafung der säumigen Wahlberechtigten nichts einzuwenden — „Polizei hilft“ ist ja das A und O der politischen Vankrotteure — nur jagt er vor den Schwierigkeiten zurück; er weiß wenigstens, daß die Strafe in diesem Falle nicht hoch bemessen werden kann, daß zahlreiche Ausnahmen für Kranke, Reisende u. zugelassen werden müssen. Daher begnügt er sich damit, vorzuschlagen, daß man die „Wahlschwänzer“ durch allgemeine Verachtung strafe und ihre Namen von Amtswegen publiciere.

Die Kreuzzeitung dagegen ist natürlich für Polizeizwang. Sie veröffentlicht eine Aufschrift „eines Freundes aus der Provinz“. Dieser stöhnt über die schwache Wahlbeteiligung, behauptet steif und fest, diejenigen, welche der Wahl fern bleiben, würden, wenn sie stimmen wollten, für die staatszerhaltenden Parteien stimmen. „Die Sozialdemokratie“, meint er, „führt ohne alle Frage ihre Anhänger nahezu ausnahmslos an die Urnen; unter denen, die sie nicht aufgeboden hat am Wahltag, giebt's kaum noch Sozialdemokraten, hier kennt man Drückelberger nicht, die Sozialdemokratie schafft alle Mann zur Stelle, über die sie überhaupt verfügt.“

Dann bebauert der „Kreuzzeitungsfreund“, daß infolge der Wahlenthaltung der Säumigen, die er auf 25 Prozent der Wahlberechtigten schätzt, das Ergebnis der Wahlen nicht dem tatsächlichen politischen Willen der Bevölkerung entspricht, und behauptet natürlich, daß, wenn alle Mann zur Urne gingen, die „Staatszerhaltenden“ gerettet wären und schreit daher nach Wahlzwang. Bombastisch schließt der Artikel:

„Preußen-Deutschland ist mit einer viel schwereren Belastung seiner Bürger, der allgemeinen Wehrpflicht, der Welt vorausgegangen, es ist damit gut gefahren und hat ehrenvoll bestanden zwischen Nachbar, die das Wehrwesen Preußens für unzumutbar hielten. Gehen wir wieder der Welt voraus mit einer Einrichtung, die berufen und geeignet ist, die von den Hohenzollern unablässig ausgeübte und geforderte staatliche Disziplin weiter zu entwickeln, zu stählen und zu vertiefen.“

Nun, wären die konservativen Zeitungsschmöder nicht so furchtbar unwissend in allem, was das Ausland anbetrifft, so würden sie auch wissen, daß man durch Einführung des Wahlzwanges der Welt durchaus nicht imponieren würde, diemeilen er nämlich bereits seit einer ganzen Reihe von Jahren in verschiedenen schweizerischen Kantonen und in Belgien besteht, daß über die Materie schon ziemlich viel geschrieben wurde und die Erfahrungen, die man gemacht hat, bereits bekannt sind. Auch das Mittel des Leitartiklers der Deutschen Tageszeitung wird bereits angewendet in Belgien, wo außer Geldbußen als Strafe für säumige Wähler ihr Name am öffentlichen Anzeigebrett der Gemeinde angeschrieben wird.

In Anbetracht dieser Thatsache ist der Pathos der Artikelschreiber von überwältigender Komik.

Um die Herren aber auch zu belehren, welche Resultate der Wahlzwang zeitigte, wollen wir ihnen auch das mitteilen. Im Kanton Zürich bestand der Wahlzwang in einzelnen Gemeinden, in anderen nicht. Die Regierung veranstaltete 1880 eine Enquete und die ergab folgendes: In 121 Gemeinden bestand Stimmzwang, in 79 nicht. Bei einer Referendums-Abteilung beteiligten sich in den ersten genannten Gemeinden 90 Prozent der Berechtigten, in der zweiten 70 Prozent; dabei aber wurden in den ersten 19 Prozent ungültige resp. Leere Stimmzettel abgegeben, in den zweiten 12 Prozent, so daß gültig waren in den ersten Gemeinden 71 Prozent der wahlberechtigten Stimmen, in den zweiten 58 Prozent. Bei einer anderen Abstimmung sank die Beteiligung der Stimmberechtigten in den ersten Gemeinden sogar auf 86 Prozent und die Zahl der gültigen Stimmen auf 65 Prozent. Seitdem ist in Zürich die Stimmabgabe obligatorisch, außerdem ist sie es in den folgenden Kantonen: Schaffhausen, Aargau, St. Gallen, Thurgau und in den „Landgemeinden“-Kantonen, d. h. in den Urkantonen der Schweiz — Uri, Schwyz, Appenzell —, in welchen noch die „Landgemeinden“ sich versammeln, d. h. alle würdigen Bürger zusammentreten, um über Gesetz und Verfassung zu beraten. In den letzten giebt es aber zum Teil noch einen moralischen Zwang: Die Verfassungen besagen: „Es ist Bürgerpflicht, sich an Wahlen und Abstimmungen zu beteiligen.“ Diese Kantone haben denn auch die lebhafteste Beteiligung, es gilt dort eben für eine Schmach, sich dem politischen Leben fernzuhalten. Der bloße rohe Polizeizwang dagegen hilft wenig, denn es läßt sich zahlenmäßig nachweisen, daß die Beteiligung in den Kantonen mit Zwang ebenso schwankt wie in den anderen, und daß auch hier die Beteiligung zuweilen auf 75 Prozent und weniger sinkt.

Dabei weisen diese Kantone stets eine größere Zahl leerer Stimmzettel auf.

Für Belgien liegen uns die Resultate noch nicht vor. Es haben dort nur wenige Wahlen mit Einführung des neuen Wahlsystems, mit dem gleichzeitig der Stimmzwang eingeführt wurde, stattgefunden. Aber auch dort melden die Zeitungen bei der letzten Wahl aus den einen Kreisen starke, aus anderen schwache Beteiligung, trotzdem der Zwang allgemein ist und die Strafen verhältnismäßig hoch.

Daraus ergibt sich der einfache Schluß: Der Stimm- oder Wahlzwang durch Androhung von Strafen ist nicht im Stande, die politische Trägheit in dem Maße zu überwinden, wie sich die Polizeifantastik das vorstellen. Nur in geringem Maße wird die Beteiligung eine regere.

Daß die Sozialdemokratie Schaden von dem Wahlzwang in der Schweiz oder Belgien gehabt hätte, läßt sich nicht behaupten, eher ist das Gegenteil der Fall.

Wie steht es nun mit der Wahlbeteiligung in Deutschland? Sie betrug in Prozenten der Berechtigten:

1871: 7,3 Proz.	1884: 60,9 Proz.
1874: 60,9 „	1887: 77,0 „
1877: 60,3 „	1890: 71,2 „
1878: 63,2 „	1893: 72,2 „
1881: 58,9 „	

Im allgemeinen also ein ziemlich rasches Steigen. Charakteristisch ist die Unterbrechung der aufsteigenden Linie im Jahre 1881 und das starke Anschwellen 1887. Die Wahl 1881 stand unter dem Zeichen des Sozialistengesetzes in seiner schönsten Blüte. Bei jener Wahl mit schwacher Beteiligung sank die Zahl sozialdemokratischer Stimmen von 498 447 im Jahre 1877 und 437 158 im Jahre 1878 auf 311 961. — Die Wahlen von 1887 waren die „Faschingswahlen“; mit Pauken und Trompeten zog die bismarckische Regierung in den Kampf um die Militärvorlage. Der heftige Wahlkampf steigerte die Wahlbeteiligung auf 77 Prozent, und die Sozialdemokratie, weit entfernt Stimmen einzubüßen, erhielt nicht weniger als 763 128, d. h. um 113 000 Stimmen mehr als bei den vorhergegangenen Wahlen!

Aus den angeführten Ziffern ergibt sich: erstens, daß es mit der Wahlbeteiligung garnicht so schlimm um Deutschland bestellt ist, denn auch die schweizerischen Kantone mit Stimmzwang und Belgien haben keine wesentliche höhere Beteiligung, und zweitens, daß die reaktionären Schmöder sich irren, wenn sie ohne weiteres annehmen, daß sie bei stärkerer Wahlbeteiligung gewinnen. Die Wahlbeteiligung steigt und mit ihr die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen.

Interessant ist noch die Frage, wie das Verhältnis der Stimmabgabe zu den einzelnen Wahlkreisen auf das Wahlergebnis wirkt. — Wir werden bei Gelegenheit noch auf diese Frage zurückkommen. Vorläufig noch einige Stichproben aus den Wahlergebnissen von 1893. Damals war Ostpreußen noch die ziemlich uneingeschränkte Domäne der Junker und dort stimmten — 65 Prozent der Wahlberechtigten. Sachsen war schon ziemlich „durchseucht“ vom Sozialismus und hier stimmten — 80 Prozent. Oder nehmen wir zwei sächsische Wahlkreise: Borna gewannen damals die Konservativen im ersten Wahlgange und es stimmten dort — 76 Prozent; Leipzig-Land gehört uns und dort stimmten — 82 Prozent.

Daraus sieht man, daß die Schlüsse der konservativen Zeitungskleber, als ob sie bei stärkerer Wahlbeteiligung unbedingt gewinnen, mehr als fraglich sind. Es ist ja richtig, daß wir die tüchtigste Parteiorganisation haben und daß das Proletariat der politisch rührigste Teil der Bevölkerung ist; darauf sind wir stolz. Aber anzunehmen, daß unter denen, die am Wahltag nicht zur Urne gehen, es keinen mehr giebt, der, wenn er hinginge, sozialdemokratisch stimmte, das ist offener Blödsinn. Es wird in Deutschland dem Wähler das Wählen schwer genug gemacht, d. h. dem Wähler aus der Arbeiterschaft. Er büßt oft einen halben Lohnstag ein, wenn er stimmen will, er muß oft gerade am Wahltag weit vom Wohn- und Wahlort Arbeit suchen usw. usw. Den fatten Spießer hält die Faulheit davon ab, seiner Wahlpflicht zu genügen, den Arbeiter oft die bittere Not.

Was würde also die Folge des Wahlzwanges sein. Eine kleine Steigerung der Beteiligung, sagen wir auf 80 bis 85 Prozent; eine Verschiebung der Parteiverhältnisse würde kaum eintreten.

Das vorläufig den Herrn „Staatsrettern“ ins Stammbuch. Da sie weder politisch zu denken, noch politisch zu rechnen verstehen, müssen wir ihnen schon aus purer Barmherzigkeit nachhelfen. Unsere christliche Nächstenliebe für unsere Feinde ist unerschöpfbar. (Sächsische Arbeiterzeitung.)

Der Landbote.

Der Kleinlandwirt und der Militarismus. An die Dresdener Nachrichten, einem in der Wölle gefärbten konservativ-antijemilischen Bedientenblatte, sandte ein Landwirt folgendes Schreiben:

Wie stimmt das mit dem, was ich in ihrem Blatte gelesen überein, daß landwirtschaftliche Arbeiter in der dringendsten Arbeit nicht zu Übungen eingezogen werden sollen; ebenso steht alljährlich in den Bekanntmachungen vom Kriegsministerium für 3-4-jährig Freiwillige, daß sie in der Regel nicht eingezogen werden. Aus diesem Grunde habe ich meinen Sohn dreijährig dienen lassen. Voriges Jahr nun wurde mein Knecht gerade zur Heuernte eingezogen, da habe ich, mein Sohn, zwei Jungen von 15 und 16 Jahren, ein Sträfling, der 18 Jahre im Zuchthaus und 68 Jahre alt war, fast die ganze Heuernte hereinbringen müssen, das war nun auch mit Gottes Hilfe und sehr viel Schweiß bedeckt, das Gut hat einige 70 Ader. Da es einmal kommt überredet, daß mein Sohn am 15. August einzutreffen habe. Da ging die Hege von neuem los;

am 15. Juni hatte nun unser Knecht wieder Ordre, also wieder zur Heuernte, nun hat auch mein Sohn schon wieder bange, da ist der alte Auszügler wieder dran, denn was thut man nicht um des Kindes willen! Das ist wohlbedenklicher Mißstand! Übungen müssen sein, aber es giebt doch wohl auch andere Zeit. Nennt man das Schut der Landwirtschaft?

Diese Klage zeigt recht deutlich, wie schwer die kleinen Landwirte oft zu tun haben. Bei den Großgrundbesitzern liegen die Dinge ganz anders. Deren Söhne sind selten im väterlichen Betriebe thätig, sie gehören in der Regel dem Heere als Offiziere an, werden also daheim nicht vermisst. Wenn aber die älteren Mannschaften zu Übungen einberufen werden, worunter, wie die obige Schilderung zeigt, namentlich die kleinen Landwirte schwer zu leiden haben, dann werden von den aktiven Mannschaften viele Leute, die vom Lande stammen, beurlaubt, um der „Leutenot“ der Großgrundbesitzer zu steuern. So zeigt sich auch hier, daß das, was den kleinen Bauern Nachteil bringt, für die Großgrundbesitzer zum Vorteil ausschlägt. —

Aus Handel und Industrie.

Ueber die geschäftlichen Wirkungen des spanisch-amerikanischen Krieges hat sich in der Presse ein lebhafter Streit entsponnen. Auf der einen Seite wird der Rückgang des Exportes nach Amerika und Spanien auf den Krieg zurückgeführt. Auf der andern Seite wird betont, daß der Krieg nicht nur nicht geschadet, sondern für einzelne Industriezweige sogar Nutzen gebracht habe. Der Verein der Industriellen des Regierungsbezirkes Köln ist nun in der Lage, auf Grund von Erkundigungen bei einer großen Zahl Industrieller Deutschlands einen Bericht Sachverständiger zu veröffentlichen, dem wir in der Hauptsache entnehmen, daß der Krieg zwar dem Geschäftsverkehr mit den Vereinigten Staaten keinen Eintrag gethan hat, wohl aber den Handel und Wandel in Spanien so gelähmt hat, daß jeder Handel, sowohl Import wie Export, so gut wie aufgehört hat. Freilich muß bemerkt werden, daß auch schon vor Ausbruch des Krieges das spanische Geschäftsleben ein überaus schlaffes gewesen ist, daß der Krieg eine fast schon vorhandene Krise nur rascher zum Ausbruch gebracht und vielleicht noch verschlimmert hat. Im Ganzen aber sind die Schädigungen, die der Krieg dem Geschäftsleben Spaniens gebracht hat, bei unserem ziemlich geringen Verkehr mit Spanien für Deutschland nur recht nebensächlicher Natur. Was den Geschäftsverkehr mit Amerika betrifft, so liegen nur vereinzelte Fälle von Schädigungen unserer Geschäfts- und Handelswelt vor, wie z. B. aus einer Mitteilung einer Steingut- und Kunsttöpferei hervorgeht, wonach die amerikanischen Geschäftsaufträge zum Teil zurückgezogen worden, zum Teil auch ganz ausgeblieben sind. So weit der Export zurückgegangen ist, geschah es in der Hauptsache infolge des Dingley-Tarifs. Die lediglich oder hauptsächlich für den inländischen Bedarf arbeitenden deutschen gewerblichen Werte haben in ganzen einen Nachteil von dem Kriege überhaupt nicht verspürt. In einigen Zweigen hat der Kriegszustand für den inländischen Waarenabsatz sogar Vorteil gebracht. Eine ernstliche Beeinträchtigung des Seeverkehrs hat in keiner Weise stattgefunden. Von einigen Geschäftszweigen ist zu Anfang des Krieges eine Verteuerung ausländischer Rohstoffe infolge des Krieges beobachtet worden, da aber im späteren Verlaufe als eine Störung des Seeverkehrs nicht eintrat, so gut wie ganz wieder beseitigt worden ist. Einzig und allein in erheblicher Weise wurde das Sprengstoffgewerbe geschädigt. Nicht allein die Lieferung für den Kriegsbedarf wurde mit der Kriegserklärung abgebrochen, sondern auch die Verschiffung anderer Artikel, die etwa als Kontrebande betrachtet werden konnten, erwies sich als unmöglich. —

Gerechtliche Urteile.

Der Prozeß Kiefer.

Vor der Strafkammer zu Köln wurde am Mittwoch und Donnerstag zum zweiten Male gegen den Schuhmann Kiefer verhandelt, der seiner Zeit ein anständiges Fräulein, die Tochter des Maschinenmeisters Fasbinder, verhaftet und trotz ihrer Proteste mit einer Dirne auf die Polizeiwachtstube transportiert hatte. Unterwegs mußte sie an der Wohnung ihrer Eltern vorbei, wobei sie den Schuhmann hat, sich zu erkundigen, daß er im Irrium sei, er that das nicht, sondern geriet sie weiter. Auch die Intervention der Mutter hatte keinen Erfolg; das Mädchen mußte mit auf die Wache. In der ersten Verhandlung war Kiefer freigesprochen worden, auf eingelegte Revision aber vom Reichsgericht in Leipzig zur nochmaligen Verhandlung an das Landgericht nach Köln verwiesen worden. Wie in der ersten Verhandlung, so wollte sich auch diesmal Kiefer an nichts erinnern und bestritt es, darsich gegen die Dame gewesen zu sein. Im übrigen brachte die Verhandlung nichts neues, abgesehen davon, daß Kiefer von seinem vorgelegten Polizeikommissar als jetzt geistig und körperlich geknickt hingestellt wurde. Er leide an Nahrungssorgen, da er seit jenem Vorgange nur die Hälfte seines früheren Gehaltes beziehe. Kiefer wurde der fahrlässigen Körperverletzung für schuldig befunden und zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt. Außerdem hat er die Kosten des Verfahrens, einschließlich der Kosten der Nebenklägerin, zu bezahlen. In der Verhandlung kam u. a. ein Vorkommnis, ähnlich demjenigen, das zur Verhandlung stand, zur Sprache, durch welches die Art und Weise, wie manche Schutzleute mit dem Publikum verfahren, trefflich beleuchtet wird. Es betrifft den Vorgang betreffend die Festnahme zweier junger Damen Namens Hartmann und Gieseler aus B.-Gladbach. Hier war es ebenfalls Kiefer, der die achtbaren Damen für Dirnen ansah und einen Kollegen veranlaßte, bei der Fest-

nahme mit thätig zu sein. Dieser Schuhmann, Namens Sichtig, ist hierfür mit drei Tagen Arrest bestraft worden. Die Sache wurde bereits bei der ersten Verhandlung in Köln erörtert und zeigt, wie eine achtbare, fremde Dame, wenn sie einmal von einem Schuhmann in Köln für verdächtig gehalten wird, der Empörung und den weiteren Folgen unrettbar verfallen ist. Trotzdem die beiden Damen — eine ist die Tochter eines Fabrikbesizers — sich durch Fahrkarten und einen Brief, wonach eine von ihnen in einem kblner Geschäft thätig engagiert war, auszuweisen vermochten, trotzdem ein Bekannter der Damen, der Procurist Zimmermann aus S. Glabach, der zufällig hinzukam, sie legitimierte und als sehr anständig bezeichnete, mußten sie mit zum Polizeipräsidium. Auch dort fand der angebotene Nachweis zur Feststellung ihrer Persönlichkeit keine Beachtung. Dieser sagte, wie die Zeugin Hartmann eiblich bekundete: Jetzt werden Sie gerade deswegen eingesperrt! Der Polizeisekretär, der das Protokoll aufnahm, mußte als Zeuge vor Gericht zugeben, daß die Festgenommenen nicht den Eindruck von Dirnen auf ihn gemacht hätten. Die Proteste, welche die Mädchen gegen die Festnahme erhoben, wurden dennoch nicht in das Protokoll aufgenommen. Später wurden die Damen mit Dirnen zusammen die Nacht hindurch in Haft gehalten und mußten am anderen Morgen eine ärztliche polizei-sanitätliche Untersuchung über sich ergehen lassen! ... Dann erst wurden sie entlassen. Während der Vorgänge auf dem Polizeipräsidium hatte Procurist Zimmermann sich vergeblich bemüht, die unschuldige Verhaftung der Damen klarzustellen. Wie er eiblich bekundete, wurde er aus dem Polizeipräsidium verwiesen, und als er draußen stehen blieb, ihm sofortige Verhaftung angedroht, wenn er sich nicht mache. Als ein Polizeikommissar des Weges kam, wandte er sich an diesen und wünschte, wegen der unrechtmäßigen Verhaftung der Damen verhört zu werden. Ihm wurde erwidert, daß er dazu kein Recht habe. Dann sei der Kommissar weitergegangen. So fand der Zeuge trotz aller Bemühung weder Beachtung noch Gehör. Der Fall wird demnach zu einer weiteren Gerichtsverhandlung gegen Kiefer, der übrigens auch wegen Anrempelung der Frau eines Oberstabsarztes einen Tag Arrest hat verbüßen müssen, Unlaf geben. Die Mädchen haben sich zuerst geschämt, die Sache anzudeuten, auch hielt die Krankheit der Mutter das eine Fräulein zurück. Als aber der Fall Kiefer bekannt wurde, haben sie die Sache in einem Schreiben angezeigt.

Kleine Chronik.

Die Fleisch-einfuhr nach Deutschland nimmt seit Beginn des vorigen Jahres von Monat zu Monat zu. 1896 wurden im ganzen eingeführt 266 960 Doppelcentner, 1897 480 858 und in den ersten vier Monaten d. J. bereits 281 986 Doppelcentner Fleisch. Die Hauptanteile davon liefern die Vereinigten Staaten, Holland und Dänemark, alle drei zusammen fast 90 Prozent der gesamten Einfuhr. In Hamburg wurde eine Tischlerfrau wegen Verdachts der Engellanderei verhaftet. Von 40 Kindern, die sie in Pflege genommen, sind 25 verstorben. — Bei Harburg tritt in diesem Jahre der Meeressturm-Näher mit verheerender Wirkung auf. — Auf dem Schloßplatz in Landsdorf bei Meise (Schlesien) sind ein Hauptmann und sechs Soldaten schwer verwundet worden. — Ein dreizehnjähriger Knabe wurde in Dransdorf (Rheinland) verhaftet, weil er in zwei Fällen Steine auf die Schienen der Vorgebirgsbahn gelegt hat. Er wollte sehen, ob der Zug auch wirklich umschliffe, und hielt sich dazu in der Nähe versteckt. — Das „Neueste Buch der Welt“ wurde in Padua hergestellt. Das typographische Kleinod ist ein Wändchen von 10:6 Millimeter mit je 10 Linien auf 208 Seiten, enthaltend einen bisher ungedruckten Brief Galileis an Christina von Bohringen aus dem Jahre 1628. — Eine Garnitur Chemnitz-Tische, drei an der Zahl, in deren mittelm ein zierliche Uhr eingeseht ist, ist das neueste für die Pariser Herren, die nicht wissen, was sie mit ihrem vielen Gelde anfangen sollen. Das Zifferblatt dieses winzigen, aber vorzüglichen Chronometers mißt $\frac{1}{8}$ Zoll im Durchmesser. Die drei Uhren sind durch einen unter dem Vorhang verborgenen, schmalen, silbernen Streifen verbunden. Um nun die kleine Uhr auszuheben, dreht man den obersten, und um die Stellung der Zeiger zu regulieren, den untersten Knopf. Diese Spielerei repräsentiert ist einen Wert von mehreren tausend Frank. — Die Einwohnerzahl Schwedens bezieht sich nach den letzten Erhebungen auf über 5 Millionen. Im Jahre 1768 wurde die zweite, 87 Jahre später, im Jahre 1835 die dritte und 28 Jahre nachher (1863) die vierte Million erreicht. Daß es 34 Jahre gedauert hat, bevor die Bevölkerungszahl wiederum um eine Million vermehrt wurde, ist auf die überhandnehmende Auswanderung zurückzuführen. — Ein lohnendes Geschäft für die Unternehmer ist der Kupfererz-Bergbau in Michigan (Vereinigte Staaten). Die dortige Calumet-Hells-Mine, deren Aktienkapital nur 2 1/2 Millionen Dollar beträgt, hat bisher ihren Aktionären nicht weniger als 52,85 Millionen Dollar an Dividenden abgeworfen.

Wasserstände.

Ort	Stufe	17. Juli	18. Juli	Diff.	Wuch.
Augsb.	+ 0.40		+ 0.20	0.20	—
Dresden	+ 0.86		+ 0.94	0.08	—
Leipzig	+ 1.18		+ 1.18	—	—
Wittenberg	—		+ 1.76	—	—
Hofpl.	+ 1.05		+ 1.15	—	0.10
Bachy	+ 1.72		+ 1.70	0.02	—
Schönebeck	+ 1.53		+ 1.55	—	0.02
Magdeburg	+ 1.59	19.	+ 1.58	0.01	—
Zangerh.	+ 2.20	18.	+ 2.18	0.02	—
Stettin	+ 1.92		+ 1.92	—	—
Stettin, Pegel	+ 1.25		+ 1.34	—	0.09
Stettin, Pegel	+ 1.32		+ 1.41	—	0.09

Unterhaltungsteil.

Ein ehrlider Kompagnon.

Aus dem Englischen des Jangwill.

Louis Maunders schrieb einen anonymen Roman, und ein großer Kreis von Freunden und Bekannten war der Uebersetzung, das Buch werde ein „Schlager“ sein. Louis Maunders war so bescheiden, seiner eigenen guten Meinung zu misstrauen; aber er freute sich darüber, daß diese Meinung von seinen Freunden geteilt wurde. Es stärkte ihn. In der Zeit, als er daran schrieb, trug er das Manuskript immer ganz unauffällig in einer Aktentasche mit sich; denn er wollte in jeder freien Minute daran arbeiten. Eines im Omnibus schrieb er emsig und überhörte sogar den Kondukteur.

Der Inhalt der Geschichte war traurig und herzbrechend, denn Louis war erst einundzwanzig Jahr alt. Er verwarf jene rosigten Bilder des Lebens, die die konventionellen Romanverfasser dem Publikum zu Gefallen malten. Er war gegen die „glücklichen Ausgänge“. Denn, sagte er, im Leben endet keine Geschichte glücklich; denn das Ende von jedes Menschen Geschichte ist der Tod.

In seinem Buche ließ er sich voll Bitterkeit über das Leben vernehmen; dieses hätte sich unter seinen Hieben so recht eigentlich winden müssen.

Den Tod hielt er der Mühe des Sterbens nicht wert; der Natur gegenüber nahm er den Ton hochmütiger Ueberlegenheit an, und voll Verachtung sprach er über das Schicksal.

Er verhöhnste es durch den Mund seines Helben, und alles in allem schien er zum Ueberleiden zu neigen; das ist nämlich die ins moderne Englisch übertragene Prometheus-Mythe.

Er behauptete, der Mann könne seinen Frieden einzig und allein darin finden, Fortunen ein Schnippchen zu schlagen, ihre Günst wie ihre Mißgunst mit gleicher Verachtung aufzunehmen und sie gelegentlich darüber zu belehren, wo eigentlich ihr Play sei.

Die Seele des Philosophen, sagte er, stünde mit cynischem Lachen dabei, wenn die Planetensysteme bei einer Auktion zur Versteigerung kämen. Diese Lehren wurden mit großer tragischer Gewalt in Maunders Roman verfochten, und er blickte zuversichtlich der Zeit entgegen, da dieser gedruckt sein und allerorten das Tagesgespräch bilden würde.

Er war ungemein befriedigt davon, daß seine Freunde sich so vertrauensvoll über die Aussichten des Buches aussprachen, denn es war ihm angenehm, zu entdecken, wie klug er seinen Kreis ausgewählt hatte, und was für intelligente Freunde er besaß. Es schien ihm gar nicht unwahrscheinlich, daß er mit diesem Roman sein Glück machen würde, und er beilegte sich mit der Arbeit, bis das Meisterstück nur noch einiger unbedeutender Striche und einer letzten Verwünschung des Schicksals bedurfte. Dann aber vergaß er eines Tages seine Tasche in einer Droschke. Er war verzweifelt über seinen Verlust. Er raste wie ein Wahnsinniger, und wie ein Wahnsinniger schrieb er seine Rasereien nicht einmal zu einem künftigen Gebrauch auf.

Er wendete sich nach Scotland Yard, aber der Beamte sagte, die Kutscher brächten nur Wertfachen zurück. Er schrieb an die Zeitungen, er fragte selbst das Echo, wo sein Roman sei, aber auch das Echo antwortete nicht. Einige loschaste Blätter behaupteten, er wäre ein Lügner und ein Witzblatt ersten Ranges nannte sein Buch „Das Geheimnis einer Droschke“. Das Aergernis aber an der Sache war, daß das Buch trotz dieser fürderlichen Ankündigungen, die allein schon zum Verkauf von zwei Auflagen genügt hätten, sich weigerte, zum Vorschein zu kommen.

Maunders war zu sehr gebrochen, um ein anderes zu schreiben. Er trauerte um das verlorene Manuskript, und großherzig pries er dessen Vorzüge. Jahrelang blieb er dem Andenken seines Werkes treu, und seine Thränen waren so gar im Stande gewesen, die Trockenheit in den Blättern seines Buches zu lindern.

Aber auch der leidenschaftlichste Schmerz tobt sich endlich aus; und nach einigen Jahren fasste sich Maunders und ward ein Rezensent.

Als Kritiker setzte er mit großer Strenge ein, und da er sich sorgfältig hütete, selbst etwas zu schaffen, gewann er weit und breit großen Ruhm. Im Laufe der Zeit schloß er sich dem Stabe des „Acadeum“ an, in dem die von ihm gezeichneten Beiträge vom Publikum mit tiefem Respekt, von den Autoren mit Furcht und Bittern erwartet wurden. Denn Maunders' Kritik war etwas Superiores, sogar für das „Acadeum“, dessen Motto lautete: „Hier findet man eine über alle Erscheinungen des literarischen Marktes erhabene Kritik.“

Maunders hatte den Marzhas so lange geschunden, bis die Welt ihn als Apoll anerkannte.

Worauf er aber am grimmigsten zu sprechen war, das waren die Romandichter.

Er stellte hohe Kunstideale auf, da er selbst ihnen nicht zu folgen brauchte; und weil dem unglücklichen Autor, der da glaubte, er habe litterarischen und künstlerischen Instinkt, während er doch nur Feder und Papier besaß. Besonders streng war Maunders gegen die Romane junger Autoren mit ihrem affektirten Stil und ihren nüchternen Ideen. Vielleicht die glänzendste Kritik, die er je geschrieben hatte, war eine unbarmherzige Zerpflückung eines solchen Buches, „das von der Unaufrichtigkeit und Noheit der Jugend tief, von Unkenntnis des Lebens strohe und diese Unkenntnis durch geistlosen Cynismus zu bemänteln suche.“

Eine Woche nach dem Erscheinen dieser Rezension besuchte ihn sein ältester und liebster Freund und bat ihn um eine Aufklärung.

„Was meinen Sie damit?“ fragte Maunders.

„Als ich Ihre vernichtende Kritik über „Dem Schicksal ein Schnippchen“ las, kaufte ich mir das Buch sofort.“

„Was! Nachdem ich es so ausgeweidet hatte, nachdem ich gezeigt hatte, daß es eine alte Wurst, gefüllt mit alten, faulen Ideen sei?“

„Nun, die Wahrheit zu sagen,“ erwiderte der Freund, ein bißchen verlegen über sein Geständnis, „ich kaufe immer diejenigen Bücher, die Sie herunterreißen. Und so machen es viele Leute. Wissen Sie, wir sind nur einfache, gewöhnliche, heimgezogene Menschen, und deshalb sind wir sicher, daß alles, was Sie loben, für uns erhaben sein dürfte, und was Sie verurteilen, gerade gut genug für uns sein möchte. Darum studiert und respektiert das große Publikum Ihre Rezensionen. Sie sind unser litterarischer Führer und Berater. Ihre Verurteilung ist unser Wegweiser, und Ihr Lob ist unser index expurgatorius. Ohne Sie wären wir in der Wildnis neuer Erscheinungen verloren.“

„Und das ist das ganze Resultat meiner jahrelangen Arbeit als Rezensent!“ sagte der Kritiker vom Acadeum.

„Jahren Sie fort, Sir.“

„Nun gut; ich kam eigentlich, um Ihnen zu sagen: Wenn mein Gedächtnis mir nach so viel Jahren nicht einen Streich spielt, so ist das Buch „Dem Schicksal ein Schnippchen“ Ihr langvermisster Roman.“

„Was!“ rief der große Kritiker, „mein langverlorenes Kind! Unmöglich!“

„Ja!“ behauptete sein ältester und liebster Freund. „Ich erkannte es an der Erbbeerstelle im zweiten Kapitel, wo der Held die junge Generation mit frischen Erdbeeren vergleicht, die in sauer gewordenem Schlagobers erstickten. Ich erinnere mich daran, wie Sie es mir einst vorlasen.“

„Himmel, das ganze fällt mir auf mich zurück!“ rief der Kritiker. „Nun weiß ich, warum ich es so unbarmherzig verdamnte und den Autor des Plagiats beschuldigte. Die ganze Zeit, während ich es las, verfolgte mich ein sonderbares Gefühl, als ob es mir bekannt wäre.“

„Nun, jetzt werden Sie aber natürlich den Dieb an den Pranger stellen!“

„Wie kann ich das? Es wäre ja ein Eingeständnis, daß ich das Buch selber geschrieben habe. Daß ich es grausam zerrissen, macht nichts. Das wird als ein guter Scherz passieren, wenn nicht gar als ein Zug seltener Bescheidenheit. Aber mich zu diesem Fiasko bekennen?“

„Entschuldigen Sie,“ sagte der Freund, „es ist kein Fiasko, es ist ein großer, populärer Erfolg. Es geht reißend ab, wie Wildfeuer. Verzeihen Sie den unpassenden Vergleich, aber Sie wissen, was ich sagen will. Ihre Recension hat den Absatz ins Unermeßliche gesteigert. Seit sie erschienen ist, arbeitet die Druckerpresse Tag und Nacht und ist trotzdem nicht instande, der Nachfrage zu genügen. O, Sie blühen nicht zulassen, daß ein Spitzbube sich auf diese Weise an Ihnen bereichert. Das wäre eine Sünde!“

So ging denn der große Kritiker hin und suchte den Dieb auf. Und sie teilten den Gewinn. Darauf schrieb der der Dieb, der ein Narr und ein Schelm zugleich war, ein anderes Buch; diesmal ganz aus seinem eigenen Kopf. Der Kritiker riß ihn herunter. Und sie teilten abermals den Gewinn.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Professor Mommsen bringt Heinrich Heine um. Unzählige Male haben die Nachkommen des Atta Troll den Lieblingsdichter der deutschen Arbeiterschaft schon in Grund und Boden gespießt und immer ist der Kerl noch nicht tot. Da ist es denn ein wahres Labsal für die geistig Armen, daß ein wahrhaftiger deutscher Professor ihnen zur Seite springt. In reaktionären Blättern ist zu lesen: „In dem Streite über die Errichtung eines Denkmals für Heinrich Heine hatte sich der Verleger Hans Fischer in Mainz an verschiedene Persönlichkeiten gewandt, um zu erfahren, welche Stellung sie zur Frage des Heinrich Heine-Denkmal am Rhein einnehmen. So auch an Theodor Mommsen. Sein Gutachten war damals nicht veröffentlicht worden. Jetzt hat Herr Fischer bei Professor Mommsen um die Erlaubnis nachgesucht, sein Gutachten in der von ihm neubegründeten Wochenschrift Siegfried nachträglich veröffentlicht zu dürfen. Professor Mommsen hat zugestimmt. Sein Gutachten lautet: „Ihrer Aufforderung, hinsichtlich des Heine-Denkmal mich zu äußern, kann ich nicht folgen, und ich bitte Sie, mir kurz eine Darlegung meiner Gründe gestatten zu wollen. Daß Heine zu unseren allerersten Dichtern gehört und die Schffel und Freiligrath u. gegen ihn Kleinmeister sind, ist zweifellos. Aber leider ist er nicht bloß ein ungezogener Liebling der Grazien, sondern auch kein Mann rechter Ehre. Was ich von seiner persönlichen Haltung und seinem politischen Thun weiß, ist schmähtlich, und wenn das Genie alle Verirrungen deckt, so gilt dies doch nicht von ehrosem Thun. Wenn mich das verhindert, mich zu Gunsten der Denkmals-Errichtung auszusprechen, so möchte ich auch nicht öffentlich dagegen auftreten.“ Die Antwort auf dieses professorale Gutachten ist vor 27 Jahren schon gegeben worden, und zwar in dem auch heute noch von der deutschen Arbeiterschaft gern gelesenen Neuen Wintermärchen. Dort sagt Heine redivivus bei seinem Besuch im neuen deutschen Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte von sich:

Ich war kein Charakter, doch ein Genie,
Und ein Schlingel dazu, ein vertrackter,
Doch heute in deutsch-nationaler Brüh,
Heut war' ich der größte Charakter! —

Vermischte Nachrichten.

Die Pfarrköchin als Schulinspektor i. B. In einem Eifelborsche kommt ein Kind ins Pfarrhaus und begehrt Urlaub für einen Tag. Die hochwürdige Köchin gewährt diesen in Abwesenheit des Pfarrers und auf dem vom Kinde präsentierten Urlaubszettel findet der Lehrer unter der Unterschrift: „In Abwesenheit der Ortschulinspektion“ den Namen der Köchin. Da ein am folgenden Tage vom Kreis Schulinspektor ausgefertigter Urlaubszettel dem Lehrer nicht übergeben worden ist, hat dieser mit der Notiz, daß er den von der Magd unterschriebenen Zettel nicht als gültig anerkennen könne, das betreffende Kind als unentschuldigt auf die Versäumnisliste gesetzt. Darauf hat ihn die Ortschulbehörde aufgefordert, die Versäumnisliste nochmals anzufertigen. Der Lehrer wird wohl oder übel vor der weiblichen „Ortschulinspektion i. B.“ zu Kreuz kriechen müssen.

Wie Lessings Vater dichtete. Daß Lessing seine dichterische Begabung von seinem Vater nicht geerbt hat, kann man mit ziemlicher Sicherheit behaupten. Das alte Kamenzer Gesangbuch enthält von dem Herrn Pastor Lessing vier Lieder. Aus dem einen mag eine Strophe auf das Speisewunder angeführt werden; sie lautet:

Andreas hat gefehlet,
Philippus falsch gezählet,
Sie rechnen wie ein Kind.
Mein Jesus kann addieren
Und kann multiplizieren,
Auch da, wo lauter Kullen sind. —